

helm II. nicht zurückkehren wollen; ganz zu schweigen von den zahlreichen anderen Gründen, die seine Rückkehr und sein Verbleiben in Deutschland mindestens sehr schwierig machen würden!

Bedeutungsvoller ist der Wegfall der Vorschriften, welche die Regierungen, insbesondere auch die Reichsregierung, ermächtigen, republikfeindliche Verbände unter gewissen Umständen zu verbieten. Gegen solche Verbände wird in Zukunft nur noch dann mit Ausübung vorgegangen werden können, wenn sie einen strafbaren Zweck verfolgen, mit anderen Worten, wenn die Voraussetzungen des Vereinsgesetzes gegeben sind.

Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Presse. Verfassungsrechtlich bestehen hier keine Schwierigkeiten. Die Pressefreiheit ist in der Weimarer Verfassung zum Unterschied von manchen früheren Länderverfassungen als solche nicht besonders gewährleistet worden und kann deshalb durch jedes einfache Reichsgesetz beschränkt werden. Der Entwurf spricht sich für die Beibehaltung der Bestimmungen des bisherigen Gesetzes aus. Die republikfeindliche Presse — erinnert sei nur an die jüngsten Ergüsse der Zeitung „Das Landvolk“ — ist noch immer weit davon entfernt, ihre abweichende Auffassung nur mit legalen Mitteln zu vertreten. Durch Aufforderung zum Hochverrat, planmäßige Verleumdung und Beschimpfung der Republik, ihrer Regierungen und ihrer Symbole wird immer noch in einem Maße Gift in die Bevölkerung gespritzt, wie dies kein Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, auf die Dauer ertragen kann.

Kleinere Ergänzungen des Gesetzes zum Zwecke der Befestigung von Zweifeln und Lücken sind vorgesehen, um die praktische Durchführung mit dem Zweck des Gesetzes in Einklang zu bringen. Urteile höchster Gerichte, in denen offensbare Beschimpfungen der republikanischen Farben, wie sie beispielsweise durch die Bezeichnung schwarzrothhühnergelb zweifellos beabsichtigt sind, für straflos erklärt werden, stehen weder mit dem Sinn des Gesetzes, noch mit der öffentlichen Meinung im Einklang. Hier wird durch eine verbesserte Fassung leicht Abhilfe zu schaffen sein. Lücken des Gesetzes haben sich auch insofern gezeigt, als bei Zeitungsverboten sich mehr und mehr die Praxis eingebürgert hat, das Verbot dadurch unwirksam zu machen, daß vom nächsten Tage ab allen Beziehern der verbotenen Zeitung eine andere Zeitung derselben Partei als Erlaß zugestellt wurde. Gegen eine solche offensbare Umgehung des Gesetzes wird man selbstverständlich vorgehen müssen, wenn man die Zeitungsverbote nicht zu einer reinen Farce werden lassen will.

Auf ein offensbares Versehen der Gesetzgeber ist es zurückzuführen, wenn sie Zeitungsverbote zwar in allen den Fällen zugelassen haben, in denen geschwundene Angriffe gegen die republikanischen Regierungen und die Symbole der Republik vorgekommen waren, aber nicht dann, wenn eine Zeitung offen zum Hochverrat aufforderte, wie es insbesondere in der kommunistischen und nationalsozialistischen Presse wiederholt vorgekommen ist. Solche Angriffe gegen den Bestand der Republik wiegen selbstverständlich viel schwerer als Beleidigungen der Regierungshäupter oder Beschimpfungen der republikanischen Symbole, und es heißt nur eine offensbare Anomalie des alten Gesetzes beseitigen, wenn man gegen hochverräterische Presseangriffe auf den Bestand des Staates die gleichen Verteidigungsmittel gewährt wie bei der nur wörtlichen Beschimpfung der Republik, ihrer Organe oder Symbole.

Im übrigen sieht der Entwurf an zahlreichen Stellen ganz wesentliche Milderungen gegenüber dem alten vor. Die drakonischen Zuchthausstrafen der in den ersten Paragraphen enthaltenen Strafvorschriften sind teils verschwunden, teils wesentlich herabgesetzt worden. In der Praxis ist auf lebenslängliches Zuchthaus oder andere langdauernde Zuchthausstrafen doch nicht erkannt worden. Die Strafmilderungen bedeuten also hier lediglich eine Annäherung des gesetzlichen Zustandes an die tatsächlichen Verhältnisse des Rechtslebens.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz keine Befristung mehr vorsieht. Man ist sich darüber klar geworden, daß eine Außerkräftsetzung des Republiksschutzgesetzes erst dann eintreten kann, wenn das neue Strafgesetzbuch, das wenigstens die wichtigsten Strafbestimmungen des Republiksschutzgesetzes übernehmen wird, in Kraft tritt. Zu welchem Zeitpunkt dies der Fall sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Um zu verhüten, daß durch weitere Verlängerungsgesetze immer wieder nutzlose parlamentarische und Verwaltungsarbeit geleistet werden muß, ist deshalb von einer Befristung überhaupt abgesehen worden und dafür vorgesehen, daß durch das Einführungs-gesetz zum neuen Strafgesetzbuch das Republiksschutzgesetz in dem Augenblick außer Kraft gesetzt wird, in welchem das neue Strafgesetzbuch in Wirksamkeit tritt.

Es ist anzunehmen, daß die parlamentarische Behandlung des neuen Entwurfs nicht allzu schwierig und zeitraubend sein wird. Das Gesetz will nicht knebeln und keine Meinungs-freiheit einschränken, aber es will den Behörden die Wap-mittel verschaffen, um die Republik vor Anschlägen zu schützen, die angeblich nur ein „System“ treffen sollen, in Wirklichkeit aber das ganze Volk in neue schwere politische und wirtschaftliche Gefahren treiben.

Hugenberg und Heimwehr.

Er kauft Zeitungen in Oesterreich.

Wien, 30. September. (Eigenbericht.)

Wie aus absolut sicherer Quelle bekannt wird, hat Hugenberg die bekannte Heimwehrzeitung „Grazer Tagespost“ aufgekauft. Die Zeitung ist das größte und älteste zweimal am Tage erscheinende Blatt der Steiermark. In der Redaktion stehen große Veränderungen bevor. Gleichzeitig steht Hugenberg in Verhandlungen wegen Ankaufs einer Innsbrucker Zeitung.

Kommunisten verhandeln mit Papst.

Sowjetregierung, der Berliner Nuntius und der Vatikan.

Rom, 30. September.

Zwischen dem Heiligen Stuhl und Sowjetrußland sind gegenwärtig neue Verhandlungen im Gange zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die Verhandlungen werden laut „Tevere“ zwischen dem Berliner Nuntius, Monsignore Vacelli, und dem russischen Bot-schafter Krestiniki geführt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden Abg. Scheidemann zum kommenden Freitag, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Die Verhandlungen im Haag.

Reichstag und Arbeitslose.

Erste Lesung der Abänderungsgesetze.

Am Montag trat der Reichstag um 15 Uhr zusammen, um die Vorlage des neuen Abänderungsgesetzes zur Arbeitslosenversicherung zu beraten. Die Plenarsitzung wird vom ersten Vizepräsidenten Esser an Stelle des noch immer erkrankten Reichstagspräsidenten Löbe eröffnet. Die Abgeordnetenbank ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Am Regierungstisch haben Reichsarbeitsminister Wiffell und Reichsfinanzminister Hilferding Platz genommen.

Der Vizepräsident drückt zunächst sein Bedauern über die Krankheit des Reichstagspräsidenten aus und gedenkt dann der in den Reichstagsferien verstorbenen Abgeordneten Länenschlaf (Wirkshp.), Emil Höllein (SPD), Hermann Schulz-Königsberg (Soz.) und Dr. Ruhlenkamp (D. Vp.), ferner der ehemaligen Reichstagsabgeordneten Frau Marg. Behn.

Eine Anzahl Anträge auf Erteilung der Genehmigung von Straßverordnungen gegen Reichstagsabgeordnete werden üblicherweise dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Söder (Komm.) zur Geschäftsordnung die Abkehr der Regierungsvorlage von der Tagesordnung und an ihrer Stelle die Beratung einiger kommunistischer Anträge vorzunehmen.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Allgemein wurde sehr erwartet, daß die Deutschnationalen nunmehr einen Antrag auf Beratung ihrer Anträge zur Außenpolitik einbringen würden. Inzwischen hatte allerdings schon der Abg. Stöcker beantragt, die Außenpolitik auf die Tagesordnung zu setzen. Es erregte allgemeine Heiterkeit, als sich Graf Westarp (Dnat.) erhob, aber nur um mitzuteilen, daß er gegen den kommunistischen Antrag sei und sich vorbehalte, die Beratung der deutschnationalen Anträge heute abend noch zu beantragen.

Nunmehr wurde auch die von den Kommunisten beantragte Beratung der Außenpolitik abgelehnt.

Das Wort zur Arbeitslosenversicherung nimmt

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Er weist zuerst auf die Vorgeschichte dieser Vorlage hin und fährt dann fort:

Die Realisierung in den beiden vorliegenden Gesetzentwürfen befreit nicht alle Wünsche. Bei den viel unstrittenen Punkten wird es kaum möglich sein, eine Lösung zu finden, die jeden einzelnen reiflos zufriedenstellt. Einigkeit darü-m wohl darüber bestehen, daß wirkliche Mißstände ausgeräumt und Mißbräuche beseitigt werden müssen. Daß Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung vorgekommen sind, hat die Reichsregierung nicht oekognet. Das Reichsarbeitsministerium ist allen Klagen über Mißbräuche und Mißstände nachgegangen, einerlei, ob es sich um einzelne Fälle oder um allgemeine Erscheinungen handelte. Dabei hat sich erfreulicherweise herausgestellt, daß die Mitteilungen über Mißbräuche und Mißstände vielfach die Tatsachen entstellten und aufgedreht haben. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz als Ganzes hat sich bewährt, es war namentlich unter den Verhältnissen der Nachkriegszeit ein notwendiges Gesetz, das eine sozialpolitische Rinde ausfüllte.

Die Reichsregierung rüft ausdrücklich ab von der Auffassung, als habe die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral unseres ganzen Volkes untergraben.

Daß die Durchführung auf Schwierigkeiten stieß, ist bekannt. Jede Einrichtung braucht eine gewisse Zeit, bis die Verwaltung den richtigen Weg findet. Die Arbeitslosenversicherung aber hat in den ersten zwei Jahren mit ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, der Reorganisation der Verwaltung und der Kälte-katastrophe des letzten Winters. Wir dürfen den Boomen und Kriegen der Versicherungsanstalt unter diesen Umständen unsere Anerkennung nicht versagen. Die Anstalt hat sich um die Abstellung der Mißbräuche bemüht. Im erinnern nur an den Erlaß des Präsidenten vom 4. Mai d. J. Das Gesetz, das der Reichstag gemacht hatte, war schon an einem Teil der Schwierigkeiten. Daraus kann man den Gesetzgeber gleichfalls keinen Vorwurf machen, denn das Gebiet war Neuland. Uebrigens ist auch die Erwerbslosen-

fürsorge in neun Jahren siebenzehnmals geändert worden. Die heute vorliegenden Entwürfe bringen zum Teil dauernde, zum Teil vorübergehende Änderungen.

Das umfangreiche Gesetz will eine Reihe von Mißbräuchen beseitigen. Ueber diese Vorschläge werden kaum mehr allzu große Meinungsverschiedenheiten bestehen.

(Widerspruch bei den Komm.) Es handelt sich doch um Regelungen, die z. B. immer noch weit über die in Rußland hinausgehen. (Unruhe bei den Komm.) Die Reichsanstalt geht mit großen Schäden in den Winter, nämlich mit 250 Millionen Mark. Für den kommenden Winter müssen wir damit rechnen, daß der Ausgabebedarf die Einnahmen wesentlich übersteigt. Wir müssen an einen dauernden Ausgleich denken. Der Lösung dieser Frage dient hauptsächlich der zweite befristete Entwurf. Die Ausgaben hängen zunächst von der Zahl der Arbeitslosen ab. Die Sachverständigenkommission hat mit einem Durchschnitt von 1,1 Millionen Unterzügen gerechnet. Die Oeffentlichkeit hat diese Zahl für übertrieben pessimistisch gehalten. Trotzdem glaubt die Regierung an dieser Zahl festhalten zu müssen. Sie ist gewonnen aus dem Durchschnitt der Jahre 1926—1928. Voraussetzungen für die Konjunktur der nächsten Jahre lassen sich schwer machen. Sie hängt ab von der Handels- und Zollpolitik, vom Geldmarkt um hinzu kommen aber die Veränderungen, die die Industrie selbst an sich vorgenommen hat. Man kann sich die Rationalisierung mit Rücksicht auf unsere Exportfähigkeit nicht wagen, aber andererseits ist man überall bemüht, arbeitssparende Methoden einzuführen, und die Konzentration der Betriebe schreitet unaußhaltsam fort. Die Folge ist steigende Arbeitslosigkeit. Diese strukturelle Veränderung müssen wir als wichtigen Faktor in unsere Sozialpolitik einstellen. Eine Durchschnittszahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen würde einen Mehrbetrag von rund 270 Millionen Mark bedeuten. Die Beseitigung dieses Mehrbetrages ist schwierig.

Der Regierungsentwurf beschränkt sich beschränkt auf eine Lösung bis zum 31. März 1931.

Auch der größere Entwurf bedeutet einige finanzielle Erleichterungen. (Abg. Torgler (Komm.): Und was bedeutet das für den Haushalt der Arbeitslosen?) Unsere Ausgaben von jährlich 1,1 Milliarden für die Arbeitslosen gehen noch immer um das Ueberschießende über das hinaus, was Rußland im ganzen dafür ausgibt. (Hört, hört!) Die schwer abschätzbaren Ersparnisse verschiedener Reformen sind außer acht gelassen worden. Andererseits muß die Arbeitslosenversicherung auch ihren sozialen Zweck erfüllen.

Den Arbeitslosen darf nicht der notwendige Unterhalt fehlen, wie es die Reichsverfassung fordert. Die Kürzung der Unterhaltungsätze würde die Kaufkraft mindern und sich auf die ganze deutsche Wirtschaft auswirken.

Soweit zu übersehen ist, würde die Vorlage einen Ausgleich für die Reichsanstalt in Einnahmen und Ausgaben bringen. Das gilt nicht für den kommenden Winter. Diesmal wird ein Mehrbetrag von etwa 90 Millionen eintreten, der durch einen sogenannten „Ueberbrückungskredit“ überwunden werden soll. Die Regierung hat in verschiedenen Punkten Doppelvorlagen im Gegenhalt zu den Veränderungen machen müssen, die der Reichstag vorgenommen hatte. Es handelt sich nicht um finanzielle, sondern um grundsätzliche Fragen. Die Reichsregierung erwartet nicht, daß die Entwürfe überall restlos befriedigend hervorgerufen. Als das Versicherungs-gesetz geschaffen wurde, waren wir uns bewußt, daß es nicht das letzte Wort sein würde. Das gilt auch heute noch. Die Veränderungen in der Wirtschaft wirken besonders stark gerade auf die Arbeitslosenversicherung ein. Reichstag und Reichsregierung werden daher diese Entwicklung dauernd im Auge behalten müssen. Was im Augenblick an Reformen notwendig und möglich ist, enthalten die vorliegenden Entwürfe. Die Regierung sieht in ihnen einen gangbaren Weg. (Beifall bei den Komm.)

Ein kommunistischer Antrag, die vom Ausschuss vorgesehene Redezeit von 1 Stunde in der ersten Lesung auf 2 Stunden zu verlängern, wird abgelehnt.

Abrechnung mit der „Wirtschaft“.

Abg. Grafmann (Soz.):

Die Ausführungen des Ministers über die Wirtschaftslage und die Ursachen der Arbeitslosigkeit stimmen weitgehend mit unseren Anschauungen überein. Die Erklärung der Arbeitslosigkeit ist der typische Beweis für die Auswirkungen der heute betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Sie ist der Beweis dafür, daß das heutige Wirtschaftssystem, das auf Spekulation und Erzielung von Gewinn aufgebaut ist, notwendig umgestaltet werden muß im Sinne der Regelung der Wirtschaft nach den Grundrissen der Bedarfsdeckung. Besonders die Erfahrungen der letzten Zeit sind bestimmend für uns in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es bedarf einer internationalen Regelung der Wirtschaft.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist in Deutschland vielfach ganz falsch beurteilt worden; noch dazu muß es als unendlich bezeichnet werden, daß man nach so kurzer Zeit seines Bestehens bereits grundlegende Erkenntnisse über die Art seiner Auswirkung erhalten haben wollte. Durch die falsche Beurteilung sollte der Eindruck erweckt werden, als ob die deutsche Bevölkerung zum großen Teil aus Nichtstuern bestünde.

Die Notwendigkeit, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in diesem Winter ein Darlehen bei der Reichskasse aufnehmen mußte, um insgesamt 5 Millionen Menschen versorgen zu können, war nicht Schuld des Gesetzes. Es handelte sich bei dieser Entscheidung um eine Wirtschaftskatastrophe, für deren Opfer die Allgemeinheit genau so einzustehen mußte, wie sie es sonst bei Naturkatastrophen tun muß. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeitskraft, die der wertvollste Teil des Volkvermögens ist, muß vor den Gefahren solcher Katastrophen geschützt werden.

Die Angriffe gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz und gegen die gesamte Sozialpolitik, die damit begründet werden, daß die Sozialpolitik eine „Belastung“ der Wirtschaft darstellt, werden durch die von mir gemachten Erwägungen widerlegt.

Wenn von den Gegnern des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Hebung des individuellen Sparlins der Arbeiter eingetreten wird, so geben wir zwar zu, daß dieser Sparlins gehoben werden muß, aber wir halten den sozialpolitischen Sparlins, der auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird, für weit schlimmer. Zudem ist unsere moderne kapitalistische Entwicklung undenkbar ohne die Sozialversicherung, die die Arbeitskraft der gesamten Arbeiterklasse aufrecht erhält. Selbst bei amerikanischer Lohnhöhe, die ein individuelles Sparen viel eher ermöglichte, wäre für Deutschland die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik notwendig.

Es ist es, die die Solidarität der Arbeiter für einander, ihre tiefe Verbundenheit erzeugt und ihnen das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins einflößt.

wenn man will, ihr Klassenbewußtsein stärkt und ihnen zu marxistischer Erkenntnis über ihre soziale Lage verhilft. Eine solche Einstellung wird der Arbeiterschaft zum Vorwurf gemacht, und früher verurteilt man diese Einstellung mit Hilfe der Sozialpolitik zu befechtigen. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialpolitik die Arbeiterbewegung stärkt, und der heutige Stand der sozialpolitischen Einrichtungen kennzeichnet im allgemeinen den Stand der Errungenschaften der Arbeiterschaft. Der Kampf gegen die Sozialversicherung ist heute ein politischer Widerstand gegen die sozialen Ansprüche der Arbeiterschaft, gegen eine soziale Demokratie überhaupt und besonders gegen den Marxismus. Gerade aus ihrer sozialpolitischen Betätigung heraus, die ihr den Einblick in den Mechanismus des heutigen Wirtschaftssystems verschafft, leitet die Arbeiterschaft Ansprüche auf die Mitwirkung an der Leitung der Wirtschaft her.

Den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft verstoßen ihre Gegner mit allen Mitteln, selbst mit den Mitteln einer lächerlichen Pseudowissenschaft beizukommen. Redner verteilte einige traffe Beispiele sogenannter „volkswirtschaftlicher“ Kampfschriften gegen die Sozialpolitik. Bei diesen Gedankengängen kann man nur sagen: „Dah du die Rolle ins Gesicht behältst.“

Die Gegner der Sozialversicherung verlangen von ihr, daß sie genau so wie eine Privatversicherung mit ihren Mitteln auskommen soll, ohne soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und deshalb die schlechten Risiken abstoßen soll. Man weiß dabei auf das Beispiel von England hin. Wir können uns untererleits darauf berufen, daß sich die Abnutzung der Leistungen nach den Beiträgen, wie sie in England üblich war, als sozialpolitisch unhaltbar erwies. Die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt bei normalen Arbeitsmarkverhältnissen kann von niemandem in Zweifel gezogen werden. Nicht nur hat sie im Voranschlag vorgesehene 700 000 Arbeitslose, sondern über 800 000 Arbeitslose ohne Defizit unterstützen können. Wenn nun nach einem so anomalen Winter an die Reichsanstalt das Ansehen gestellt wird, daß sie ihren Etat einfach durch Einschränkung der Leistungen an die Bemessung der Leistungen nach der Anzahl der Beiträge vornehmen soll,

so muß den sogenannten Führern der Wirtschaft, die sich solche Pläne zu eigen machen, gesagt werden, daß sie alle Verantwortung, zur notwendigen Sanierung der Reichsanstalt der Erhöhung ihrer Beiträge zuzustimmen. Mit den Methoden ihrer „Wirtschaftsführung“ vermehren sie nur durch Entlassungen die Arbeitslosigkeit.

Nach den Berichten der Arbeitsämter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ist zwar die Produktion in diesem Gebiete angehalten, aber der Arbeitsmarkt stagniert oder ver-schlechtert seine Lage ständig. In früheren Zeiten hat man die jüngeren Arbeiter zeitweilig abgebaut und einen großen Teil der lange

beschäftigten Arbeiter auf Lager arbeiten lassen. Heute legt man sozusagen die Arbeiter auf Lager! Die Wucht der Rationalisierung hat allein die Arbeitnehmer getroffen, und die gleichen Folgen haben die riesigen Wirtschaftszusammenbrüche, die das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit beherrschen.

So wurde z. B. schon lange vor der Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft mit dem Personalabbau von Angestellten begonnen.

Die Leitungen der Großunternehmen hoffen dadurch, Millionen zu ersparen. Ein viel wirksameres Gebiet zur Ansetzung von Sparmaßnahmen wäre die in hohem Maße überbesetzten Aufsichtsräte und Direktorenkollegien. Die Banken rechnen mit etwa 80 Prozent persönlicher Unkosten, ungefähr die Hälfte davon verhängt der Leitungsapparat. Duzende Millionen könnten an dem Abbau von Bankdirektoren verdient werden, von denen jeder einzelne soviel verdient, wie zwei- bis dreihundert Bankangestellte. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es wird jetzt davon gesprochen, daß die von dem neuen Großbank-Konzern abzubauenden nach sozialen Gesichtspunkten entschädigt werden sollten. Es darf da nicht die gesetzliche Mindestentschädigung Maß greifen, sondern es wird mit Fug und Recht verlangt, daß das Bankgewerbe die älteren Angestellten pensionieren und die jüngeren Kräfte bei befreundeten Unternehmungen unterbringen müsse. Eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes muß auf jeden Fall vermieden werden.

Die angeblich überbelastete Wirtschaft soll zunächst einmal Einkehr bei sich selbst halten.

Der Redner verliest statistisches Material über die ungeheuer hohen Aufsichtsratsentlöhne bei der deutschen Großindustrie.

Mit vollem Recht dürfen wir von der Wirtschaft, die sich so etwas leisten kann, gesteigerte Opfer fordern.

Bahrscheinlich aber wären wir dieser ganzen schmerzlichen Situation, der wir jetzt gegenüberstehen, entzogen gewesen, wenn man unseren bereits im Frühjahr gemachten Antrag auf vorübergehende Erhöhung der Beiträge um 1 Proz. angenommen hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Hinblick auf die bereits beschlossenen Einsparungen, auf die Ausmerzung aller Mißbräuche und Mißstände, unter denen die Arbeitslosenversicherung zu leiden hatte, könnte man dann heute ohne Sorge um den Bestand der Reichskasse und in bezug auf eventuelle ungünstige Wirkungen auf die Reichskasse sein. Keine Partei ist, abgesehen von der in Aussicht genommene Beitragserhöhung von 1/2 Proz. befristet bis zum 31. März 1931 nicht als ausreichend betrachtet, bereit, ihr zuzustimmen.

Wir werden abwarten, welche Parteien den Mut zur Ablehnung der Beitragserhöhung aufbringen werden. Aus einer eventuellen Ablehnung müßten wir den Schluß ziehen, daß man die gesamte Arbeitslosenversicherung befristet in die bedrohlichste Gefahr bringen will. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei den Beratungen des Sachverständigenausschusses über die Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung ging man von einer Berechnungsgrundlage von 1,1 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt aus. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt betont, daß diese Berechnungsgrundlage zu ungünstig ist. Jede solche Berechnung muß sich auf einen längeren Zeitraum stützen, und wenn man statt die Erscheinungen der letzten drei Jahre, wie es der Sachverständigenausschuß getan hat, in den letzten fünf Jahren berücksichtigt, dann ergibt sich der wesentlich geringere Jahresdurchschnitt von 855.000 Arbeitslosen. Diese Ziffer kommt der Wirklichkeit erheblich näher, es sei denn, daß die von mir bereits kritisierten Methoden der Wirtschaft beibehalten oder verschärft werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sollten nämlich die Folgen der Rationalisierung und der Konzentration der Wirtschaft in der kommenden Zeit weiterhin allein auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden, bei gleichzeitiger rücksichtsloser Kampf gegen jede Sozialpolitik, dann müßte sich die Allgemeinheit mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese Wirtschaft viel energischer als bisher am Kraken genommen werden muß. (Lärm und Jurahe bei den Komm.) Sehr bezeichnend ist es, daß es in dieser Hinsicht auch keinen Unterschied zwischen den nach Weltanschauung und politischen Auffassungen getrennten Gewerkschaftsrichtungen gibt.

Keine Partei hat sich bereits im Juni bereit erklärt, zur Beseitigung der nachweislich vorhandenen Mißbräuche beizutragen. Die schärfere und bessere Definition der Begriffe „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitswilligkeit“, „geringfügige Beschäftigung“ und „unwürdige Arbeit“ hat ihre Unterstützung gefunden. Verschärfte Kontrollbestimmungen, die sich gegen die Vereinfachung aller ethischen Arbeitslosen richten, waren für uns selbstverständlich.

Wir haben uns auch für die Neuregelung der Sperrlisten ausgesprochen, allerdings nicht in dem strengen Sinne, wie es nach der Mehrheit des 9. Ausschusses beschlossen hat. In der Startheit der vorgeschlagenen Neuregelung sehen wir einen Schaden, dem wir eine größere Elastizität der Bestimmungen entgegenzusetzen werden. Ferner sind wir durchaus einverstanden mit der Ausdehnung der Kontrollbefugnisse der Reichskasse gegenüber der Heimarbeiter und für eine Ausgestaltung der Versicherungspflicht der Heimarbeiter. Ebenfalls haben wir eine Milderung des Beitrages der Reichskasse an die Krankenkassen um 30 Millionen unsere Zustimmung gegeben. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß mit dieser Beitragsminderung keine Leistungsminderung der Krankenkassen für die Arbeitslosen einhergeht. Wir sind auch einverstanden mit einer Anrechnung von Wartegeld und Ruhegehalt auf die Erwerbslosenunterstützung und in einem gewissen Ausmaße der sozialen Renten, allerdings unter Erhöhung der bisher vorgesehenen Freigrenze über 20 Mark monatlich.

Auch der Neuregelung der Unterstützungsfähigkeit für Saisonarbeiter in Höhe der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, aber unter Vorbehalt der Bedürftigkeitsprüfung werden wir unsere Zustimmung geben. Dagegen haben wir schwere Bedenken gegen die Bemessung der Unterstützung nach dem Wohnort und gegen die allgemeine Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen für Arbeitslose ohne zuzulassende Angehörige. In gleicher Weise wenden wir uns gegen die besondere Verlängerung der Wartezeit der Saisonarbeiter, denn die Saisonarbeiter können nicht versichert für ihr Berufsrisiko verantwortlich gemacht werden. Aus demselben Grunde sind wir, wie ja auch sämtliche anderen Parteien, gegen eine weitere Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter.

Die Sozialdemokratische Partei hat bei den Beratungen nicht von parteilichem Beweggründe leiten, denn dann hätte sie sich auf den hohen Rücken der Verantwortungselbst gestellt.

Keine Partei ist aber davon ausgegangen, daß dieses Gesetz einen hohen Wert, ja den wichtigsten Baustein im ganzen Gebäude der Sozialpolitik darstellt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Außerdem ist das Gesetz sehr merkwürdig auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Wer die Kämpfe um den parlamentarischen Arbeitsnachweis, die die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit führten, aus eigener Anschauung kennt, wer seinen Wert für eine andere gezielte Berufsausbildung kennt, der wird wie ich auf dem Standpunkt stehen, daß es sich lohnt, um seine Erfüllung zu kämpfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Darüber hinaus gibt das Gesetz sehr wertvolle Ansätze für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung. Wie sind davon überzeugt, daß wir mit dem Willen, aufrechtzuerhalten, was geschaffen wurde, abzuwehren die Bedrohungen für Hunderttausende von Arbeitslosen, dem Unheil, das die heutige Wirtschaftsordnung jetzt, nur zu Leid neben können, wenn wir versuchen, es in seinem Kern zu treffen.

Die eigentliche Veranlassung für das soziale Elend und die wirtschaftliche Anarchie nicht nur in unserem Lande, sondern in der ganzen Welt sind die Interessenten an einer nach

Was ist Fahrlässigkeit?

Das Schweriner Schwurgericht diagnostizierte den Mordmord des Leutnants Ockermann als „fahrlässige Tötung“.



„Nimm dir Zeit zum Zielen, Hasso! Bei so' ner fahrlässigen Tötung kann man gar nicht sorgfältig genug zu Werke gehn!“

unserer Auffassung falsch und darum schädlichen Akt der Wirtschaft, die wir national und international zu einer sozialistischen Umgestaltung wollen. (Großer Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Rabenauer (Dnat.) nennt die vorliegenden Entwürfe einen Lorso, dessen Beratung man einer gegebenden Körperlichkeit nicht zumuten sollte. Gegenüber dem schließenden Mut der Reichsregierung müsse festgestellt werden, daß bei der Arbeitslosenversicherung auch auf Arbeitnehmerseite zahlreiche Mißbräuche beständen, so die Arbeitsverweigerung ohne genügenden Grund, Subventionierung übernommener Arbeit usw., vor allem aber der Anteil, sich Renten auf Kosten der Allgemeinheit zu schaffen. Der Redner lehnt jede Erhöhung der Beiträge ab. Die Befristung stelle eine auf mangelndem Mut beruhende Unerschlichkeit dar. Auch die Landwirtschaft habe schwere Bedenken gegen die Befehle. Die Deutsche Volkspartei sei als Gefangene ihrer Außenpolitik gezwungen, die Befehle mindestens zu tolerieren. Um 113 Milliarden in 80 Jahren zahlen zu dürfen, mache sie bemußt eine falsche Wirtschaftspolitik mit.

Abg. Dr. Verflüss (Z.) gibt für die Zentrumspartei eine Erklärung ab, in der die erste Vorlage, die die Mißbräuche bei der Arbeitslosenversicherung abschließen soll, begrüßt wird. Die Selbstverwaltung in der Versicherung müsse gestärkt werden. Die zweite Vorlage über die befristeten Änderungen entspreche zwar nicht den Wünschen des Zentrums, aber das Zentrum sei bereit, auf dieser Grundlage an der Lösung der Reformaufgabe weiter mitzuarbeiten.

Abg. Räder (Komm.) wirt dem Arbeitsminister Bissell vor, er habe in seiner Eigenschaft als Minister das Material für den reaktionären Vorstoß gegen die Arbeitslosen geliefert. Die Befristung von Mißbräuchen, die man vornehmen wolle, bedeute einen weitgehenden Hinwegwischen von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung soll nach den Absichten der Regierungsmehrheit genau derselben Ueberlebenswirtschaft, wie alle anderen Zweige der Sozialpolitik entgegengeführt werden und eine zu makelnde Kuh für die Kapitalisten zur Erlangung billiger Kredite werden.

Vom Präsidenten wegen Ueberschreitung der Redezeit zum Schluß gerufen, spricht der Redner noch eine Zeitlang, mehrmals von der Blöde des Präsidenten unterbrochen, weiter, um zu der vorchristlichen Schlusßwortung „Gegen die Sozialdemokratie!“ — „Kasse gegen Kasse!“ zu kommen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ddp.) wird von den Kommunisten mit Zurufen „Oberleutnant!“ und „großem Bärm“ begrüßt, in dem der Anfang seiner Ausführungen untergeht.

Der Redner behauptet, daß eine wirkliche Reform jetzt nicht vorzunehmen werden könne, da man sich zwar auf allen Seiten über die Notwendigkeit, aber nicht in den Gründen für die Reform einig sei. Er legt das Schwergewicht seiner Ausführungen auf die Frage der Befristung von Mißbräuchen, von denen eine Unmenge Einzelfälle bekannt geworden seien. Unter Anerkennung der Tatsache, daß die Regierungsvorlage gangbare Wege zur Beseitigung dieser Mißbräuche weist, wenn auch nicht in dem von ihm gewünschten Maße, betont der Redner, daß jede Sozialversicherung Raum für Mißbräuche aller Art lassen werde, die aus Willkürgründen große Volksteile verheeren müssen. Unbedeutend sei insbesondere der Versuch zur Befristung der Uebelstände in der Arbeitslosenversicherung für die Heimarbeiter. Seine Fraktion trete für vollständige Herausnahme der Heimarbeiter aus der allgemeinen Arbeitslosenversicherung ein. Man könne dann Arbeit über die notwendigen Maßnahmen auf diesem Gebiete gewinnen und die Heimarbeiter in eine Sonderversicherung einruppeln. Für besonders wichtig hält der Redner die grundsätzliche Ausschaltung der kurzfristigen Arbeitslosigkeit aus den allgemeinen Unterstützungsfähigen der Arbeitslosigkeit. Er steht mit diesem Reformvorstoß die notwendige Reform an der Arbeitslosenversicherung noch nicht beendet und stellt als Ziel die

Auffstellung der gesamten Arbeitslosenversicherung in Sonderfürsorgegruppen nach Berufsständen

auf, wobei das besondere Risiko jedes einzelnen Berufes berücksichtigt werden könne. Er sieht im Gegensatz zu dem Redner der Sozialdemokraten eine weitere Steigerung oder zum mindesten keine Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren voraus und meint die Schuld an dieser Erscheinung zu einem großen Teil der Arbeitszeitgesetzgebung zu.

Zum Schluß erklärt er sich gegen jede Beitragserhöhung und gegen die Befristung der Bestimmungen der Sondervorlage über die Saisonarbeiter.

Er begründet diese Stellungnahme mit der sehr schlechten Finanzlage des Reiches, die es in keinem Falle gestatte, keine Darlehenspflicht gegenüber der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter im gleichen Maße in Anspruch zu nehmen wie im vergangenen Winter.

Abg. Freidel (Wirtsch. V.) betont, weniger die Mißstände als vor allem die katastrophalen Lebensverhältnisse der Reichskasse und des Reiches selbst zwingen zu einer Reform. Der Redner geht dann auf die Einzelheiten des Gehentwurfs und die Anträge der

Wirtschaftspartei ein. Die Beitragserhöhung und jede Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter lehnt er ab.

Abg. Dr. Haas (Dem.) gibt für seine Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Deutsche Demokratische Partei und die Parteien, die vor dem Kriege den Gedanken der Demokratie vertreten haben, haben sich schon vor vielen Jahren für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Die demokratische Reichstagsfraktion hält an ihrer positiven Einstellung zur Sozialpolitik unerbittert fest, in der sie nach wie vor die stärkste Sicherung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsfreude erblickt. Für uns ist die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, die zumal in der trübsamen Nachkriegszeit eine Notwendigkeit ist, eine Selbstverständlichkeit. Gerade deswegen aber fordern wir die Befristung offenkundig gewordener Mißstände. Jeder Gedankendeckelung wird begreifen, daß das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das übrigens von einer Regierung der Rechten dem Reichstage vorgelegt und vor ihm vertreten wurde und durch das eine außerordentlich schwierige Materie zum erstenmal gesetzgeberisch in Deutschland verhandelt wurde, nicht von vornherein eine Gestaltung gewinnen konnte, die alle Mißstände ausschließt.

Es wird insbesondere zu prüfen sein, ob das bisherige System der Zusammenfassung der verschiedensten Klassen aufrechterhalten werden kann.

Einige besonders schlimme Mißstände können gemäß dem vorliegenden Entwurf und gemäß der in Aussicht genommenen Verwaltungsmaßnahmen beseitigt werden. Wir halten aber eine Reform des Gesetzes auch deswegen für nötig, weil es bei unserer Finanzlage unmöglich ist, daß aus allgemeinen Mitteln die Reichskasse dauernd mit Zuschüssen verleben wird.

Der große Gedanke der Arbeitslosenversicherung ist nur dann verwirklicht, wenn die Versicherung sich selbst trägt.

In aller Schärfe erklärt die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei, daß es unerträglich ist, wenn bis jetzt für die Reform eine einheitliche Stellungnahme der Regierungsparteien nicht besteht und wenn es die Regierung den Fraktionen überlassen will, wie die Reform im einzelnen zu gestalten ist. Es ist mit gefunden parlamentarischen Zuständen nicht vereinbar, daß die Regierung nicht führt, sondern daß sie die endgültige Gestaltung eines so bedeutsamen Reformwerkes Zufallsabstimmungen überlassen will. Wir müssen, so lange die Regierung nicht während der Regierungsparolen zu einer einheitlichen Stellungnahme gebracht hat, uns unsere Entschlüsse in allen Einzelheiten vorbehalten.

Abg. Schwarz-Oberrhein (Bayr. Vp.) hebt hervor, daß die Nichternennung der Regierungsparteien den Reichstag vor eine schwierige Lage gestellt habe.

Das bisherige Gesetz sei nicht so schlecht und habe sich nicht so schlecht ausgewirkt, wie es draußen vielfach hingestellt werde.

Die Arbeitsmoral habe sich infolgedessen wieder gehoben, als sich heute doch wieder mehr Personen zur Arbeit drängen. Mißstände seien wohl vorhanden; man sollte aber auch zugeben, daß durch die Arbeitslosenversicherung Hunderttausende von Familien und von Einzelpersonen vor dem Ruin gerettet worden sind. Es müßten in das Gesetz noch Umgestaltungen eingebaut werden, um Ersparnisse zu erzielen. Der Redner behält sich die letzte Entscheidung für die zweite Lesung vor.

Abg. Henke (Chr.-Nat. Bauernpartei) lehnt in einer kurzen Erklärung seiner Gruppe die Regierungsvorlage ab.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Vizepräsident Esser schlägt vor, die zweite Lesung in der morgigen 100. Sitzung um 12 Uhr vorzunehmen.

Abg. Stoeker (Komm.) beantragt die Beratung seiner Anträge zum Siebenstundentag und zur Wirtschaftsfrage sowie eine außerpolitische Aussprache. Er widerspricht der zweiten Lesung der Erwerbslosenversicherung.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) wünscht, daß die Sitzung erst um 1 Uhr beginnt, damit vorher im handelspolitischen Ausschuss zur Landwirtschaftliche Stellung genommen werden kann. Er beantragt ferner, die Arbeitslosenversicherung zurückzustellen, da sie zur zweiten Lesung noch nicht reif sei.

Ferner beantragt der Redner, die Beratung der Anträge seiner Fraktion, daß ein Abschluß der Verhandlungen über den Young-Plan nicht stattfinden solle, wenn nicht vorher die bedingungslose Rückgabe des Saargebietes und die Befristung der Verfallener Bestimmung über Verlängerung oder Erneuerung der Befristung sowie der Liquidierung deutschen Eigentums im Ausland erfolgt sei. Ferner beantragen die Deutschnationalen, daß Entscheidungen über den Young-Plan nicht vor der beantragten Volksabstimmung gefällt werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Esser erlaubt dem Redner mehrmals, seine Ausführungen abzukürzen, da Geschäftsordnungsreden höchstens zehn Minuten dauern dürfen. (Zuruf: Hugenberg hat beschlossen!) Als der Redner trotzdem weiterpricht, wird er durch stürmische „Schluß!“-Rufe der Mehrheit gezwungen, abzubrechen.

Abg. Dr. Fick (Natz.) schlägt sich dem Antrag der Deutschnationalen an. Außerdem beantragt er Beratung des Hopfen-Provenienzgesetzes (stürmische Heiterkeit), da es immer noch im Ausschuss ruhe.

Darauf werden die kommunistischen Anträge gegen die Stimmen der Kommunisten, die Deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträge gegen die Stimmen dieser beiden antragstellenden Parteien abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

(Weitere politische Nachrichten auf der 2. Seite der 2. Beilage.)

Deutsches Volkstheater.

„Die beiden Veroneser.“

Joachim von Ostow versucht es weiter, klassisches Theater zu machen. Diesmal führt Leo Ritter schleppende Regie. Es ist ein ziemlich armseliges Drama und in dieser Inszenierung wirkt es wie eine melodramatische Operette. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll.

v. S.-M.

Verkauf
soweit Vorrat

Mengenabgabe
vorbehalten

Tietz Lebensmittel

auch in der Woche billig und gut!

Käse u. Fette

Camembert Stück 24 Pf.
Allgauer
Stangenkäse 30% Fett 58 Pf.
Tilsiter vollfett Pfund 92 Pf.
Dayentacher
Schweizer Pfund von 1,38 an
Margarine Pfund 50 Pf.
Landbutter Pfund 1,72

Konfitüre

Elmer ca. 2 Pfund
Vierfrucht-Marmelade 88 Pf.
Pflaumen 92 Pf.
Aprikosen 1,15
Johannisbeer 1,15
Kirsch 1,35
Erdbeer 1,40

Gemüse und Obst

Schmorgrurken Pfund 3 Pf.
Kohlrüben Pfund 4 Pf.
Rotkohl Pfund 8 Pf.
Tafeläpfel amer. Gravensteiner Pfund 30 Pf.
Tafelbirnen "Bata Laine" Pfund 30 Pf.
Franz. Wein Pfund 38 Pf.
Suppenhühner 98 Pf.
Gänse Pfund von 98 Pf. an

Wurstwaren

Dampfwurst Pfund 88 Pf.
Landleberwurst Pfund 90 Pf.
Speckwurst Pfund 98 Pf.
Fetter Speck Pfund 1,24
Cervelat, Salami Pfund 1,65
Teewurst Pfund 1,80

Seefische

*Grüne Heringe 84 Pf.
*Schollen Pfund 26 Pf.
Räucherwaren
Bücklinge Pfund 34 Pf.
Scharben Pfund 38 Pf.
Bundaale Band 32 Pf.

Rebhühner

98 Pf.

ausländische
Stück von

Gardinen

Tüllgarnitur 2 teilig, moderne Muster Garnitur 5,90 8,75
Halbvorhang Tüll, gute Qualität, Stück 7,50 10,75
Tüllbettdecke zweifach, Stück 9,75 12,00
Landhausgardinen in grosser Auswahl Meter 75,95 Pf.

FLEISCH

Kalbskamm ohne Beilage Pfund 96 Pf.
Kalbskeule bis 9 Pfund schwer, ganz oder geteilt Pfund 1,08
Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1,24
Kassler mild gepökelt Pfund von 1,38 an
Hammelvorderfleisch gefroren Pfund von 86 Pf. an
Hammelvorderfleisch Pfund von 1,06 an
Schmorfleisch Keule, ohne Knochen Pfund 1,28
Suppenfleisch Pfund von 84 Pf. an
Rückenfett braufertig, ohne Schwanz Pfund 1,06
Schmorfleisch gefroren Pfund 1,20

Kolonialwaren

Neue Linsen Pfund 35 Pf.
Viktoria-Erbsen Pfund 30 Pf.
Graue Erbsen Pfund 28 Pf.

Linoleum

Druck-Linoleum-Läufer ca. 47 cm ca. 90 cm ca. 110 cm breit
Meter 1,90 2,45 3,10
Druck-Linoleum-Auslege-ware mod. Muster, Quadratmeter 2,45
Wachstuchbarchent Meter 1,30
Wachstuchdecken ca. 85/117 Stück 95 Pf.

HERMANN

Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen

Telephonische Bestellungen werden umgehend ausgeführt

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, im Pavillon des Verbandsbundes, Chausseestraße 83/85

Branchen-Versammlung der Geldschrankschlosser

Zusammenkunft:
1. Erörterung der mit dem Berufsverband zusammenhängenden Angelegenheiten.
2. Bericht über die Tätigkeit des Berufsverbandes im letzten Jahre.
3. Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Berufsgruppen.
4. Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Berufsgruppen im letzten Jahre.
5. Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Berufsgruppen im letzten Jahre.

Verkäufe

Einzelne Möbelstücke, Betten, Matratzen, etc.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Möbel

Einzelne Möbelstücke, Betten, Matratzen, etc.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Rezepte

Rezept für verschiedene Gerichte.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche
Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellengesuche
Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellengesuche
Stellenangebote

Deutsche Reichspatent

No. 471 793

Ein Geheimnis? Männer! neue Kraft!

„Okasa“

Das anstößlose hochwertige Sexual-Kraftigungsmittel (sexuelle Neurosthenie). Kein Rauschmittel, für das gesamte Nervensystem überaus wohltuend. Überaus rasche Wirkung! Notarhaft beglaubigte Anerkennungen von zahlreichen Ärzten und tausende Dankeschreiben dankbarer Verbraucher beweisen die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifel! Wir versenden daher nochmals von diesem neuen Präparat Zehntausend Probestückchen umsonst.

Soeben ist neue Broschüre erschienen. In neuer, godgegenster Ausstattung! Mit neuem, bedeutend erweitertem, hochinteressantem und belehrendem Text! Wir legen diese Broschüre jeder Probestückchen kostenlos bei.

Es sind lediglich 40 Pf. für Doppelbrief-Porto beizufügen (anverlangte Nachnahmen können wir principieell nicht). Zusendung discret verschlossen durch das Generaldepot u. Alleinversand für Deutschland: **Radmanns Kronen-Apotheke**, Berlin W. 61, Friedrichstraße 191

Beachten Sie genau!
Achten Sie auf den Namen Okasa und darauf, dass jede Packung den Namen **Geheimrat Dr. med. Labuzov** zeigt - das existieren Nachahmungen!

Fritz Nothmann

nach langer und schwerer Krankheit am 27. September verstorben ist.

Friedrich Nothmann

Als langjähriger Obmann des früheren Festangestellten-Ausschusses der Fachabteilungen hat er der Kollegenschaft auf Grund seiner Erfahrungen gute Dienste geleistet. Er wurde daher auch nach Ueberführung der Fachabteilungen in den neugewählten Betriebsrat berufen und hat trotz seines schweren Leidens starkträchtig für die Interessen der Kollegenschaft mitgewirkt.

Marie Schmidt

geb. Bauerfeld
Dies zeigt die Beibehaltung an

Tempo, Tempo

so geht es von morgens bis abends. Unmöglich, das auszuhalten ohne „Lebewohl!“



Tempo, Tempo

so geht es von morgens bis abends. Unmöglich, das auszuhalten ohne „Lebewohl!“

Skareks wollen wieder gut machen

Städtische Beamte unbelastet.

Den Vertretern der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Wilde, Oberstaatsanwalt Lehmann, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg, wurde am Montag von den Herren Bürgermeister Scholz und Stadtkämmerer Dr. Lange das gesamte Material über den Skarek-Fall vorgelegt und, soweit es sich gegen städtische Beamte richtet, durchgesehen. Aus dieser Besprechung hat sich ergeben, daß bisher keine strafbare Handlung eines Beamten festgestellt ist, die der Staatsanwaltschaft zu einem Eingreifen Veranlassung gäbe. Es sollen daher noch der Besprechung alle weiteren Ermittlungen gegen die Beamten gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft von der städtischen Verwaltung weitergeführt werden. Sollte eine strafbare Handlung noch in Erscheinung treten, so wird die städtische Verwaltung der Staatsanwaltschaft unverzüglich davon Kenntnis geben. Im übrigen sollen die Ermittlungen mit tüchtigster Beschleunigung und Energie zu Ende geführt werden.

In der Hugenbergischen Nachausgabe wird ohne Umschweife behauptet, daß ein wesentlicher Punkt des Vorschlags der Skareks sein soll, daß ihr Sachwalter das Veräußerungsrecht über ihren gesamten Besitz erhalten soll. In dieser Meldung ist kein wahres Wort. Nach einer Mitteilung des Generalbevollmächtigten der drei Brüder Skarek, Herrn Rechtsanwalt Jaffé, legen die Brüder den größten Wert auf Bemühungen, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen.

Konkursverfahren oder nicht?

Die am Montag stattgehabte Besprechung des vom Verwaltungsrat der Stadtbank eingesetzten Ausschusses, in der man sich über die Möglichkeit der Zurückziehung des Konkursantrages gegen die Skarekschen Vermögen unterzieht, ist ergebnislos verlaufen. Die endgültige Entscheidung über diese Angelegenheit wird voraussichtlich in einer heute, Dienstag, 12 Uhr mittags, angeordneten außerordentlichen Magistratsitzung fallen, bei der auch der Verwaltungsrat der Stadtbank anwesend sein wird. Die bisherigen Vernehmungen der verdächtigen Bankdirektoren, die durch Stadtkämmerer Lange geführt worden sind, haben gegen

die Direktoren strafrechtlich Belastendes nicht ergeben. Die Disziplinarmassnahmen gehen weiter.

Die gestrigen Besprechungen der Anwälte der Gebrüder Skarek mit den Vertretern der Staatsanwaltschaft und der Stadt Berlin haben gleichfalls zu keiner Verständigung geführt. Besonders die Frage, ob für die drei Brüder ein Haftentlassungsantrag gegen Kaution gestellt werden wird oder ob ein Haftprüfungstermin beantragt werden soll, ist zurückgestellt worden, bis in den nächsten Tagen durch weitere Zeugenvernehmung Klarheit darüber geschaffen worden ist, ob die sehr belastenden Aussagen des Buchhalters Lehmann in allen Punkten zutreffen. Auch die finanzielle Regelung, das heißt die Wiedergutmachung des Schadens wird erst in den nächsten Tagen endgültig ihre Erledigung finden können.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat an den Magistrat folgende Anfrage gerichtet:

1. Welche Feststellungen finanzieller und sonstiger Art auf Grund der bisherigen Prüfung und Untersuchungsergebnisse in der Angelegenheit Skarek getroffen werden konnten?
 2. Ob Beamte oder Ehrenbeamte der Stadt direkt oder indirekt durch die bisherigen Ermittlungen in dieser Angelegenheit belastet erschienen?

Wie erinnerlich, laufen Gerüchte um, die wissen wollen, daß die Skareks besondere Beziehungen zu dem kommunistischen Stadtrat Degner gehabt haben sollten. Diese Gerüchte führten zu scharfen Angriffen der Kommunisten gegen Degner, so daß dieser jetzt möglicherweise die Konsequenzen ziehen und aus der kommunistischen Partei ausscheiden wird. Degner will ferner ein Verfahren gegen sich selbst beantragen, um nachzuweisen, daß er mit der Kreditgewährung an die Skareks nichts zu tun gehabt und daß er ihnen auch sonst keine Vorteile verschafft habe.

lammfisch, als er sie im Oktober abermals auf der Straße traf. Diesmal knippte er mit ihr etwa drei Tage hindurch und zechte am verhängnisvollen 11. Oktober in der Kneipe „Die Goldene Axt“, in der die Nelson als Kellnerin beschäftigt war. Budach befand sich an diesem Tage in verärgelter Stimmung, weil er von seiner Frau einen schnippischen Brief erhalten hatte. Er war stark angetrunken, und als er bei dem Wirt um Urlaub für seine Geliebte bat, damit sie ihn auf den Kahn begleiten konnte, kam es zur explosiven Entladung. Es waren noch dem Gespräch bereits einige Minuten vergangen, als Budach plötzlich einen Revolver zog, zuerst einen Schuß auf den Wirt, dann auf die Kellnerin abfeuerte; ein dritter Schuß hätte beinahe die Wirtstochter getroffen. Dann entfernte sich Budach ruhig aus dem Lokal, ohne angefaßt zu werden und begab sich auf sein Schiff. Hier versuchte er nach Anknüpfen seines Lebensgürtels und der Feuerwaffe, zuerst sich selbst zu erschließen — der Schuß ging aber fehl — und dann sich zu ertränken; er wurde von der Feuerwehr aus dem Wasser geholt. Der Angeklagte, 34 Jahre alt, schwermütig in der Sprache, erzählt stöckend seinen Lebenslauf und seine Bekanntschaft mit der Kellnerin. Er meint und zittert am ganzen Körper und erklärt, von der Tat selbst nichts zu wissen.

Die Beweisaufnahme bestätigte in großen Zügen die Darstellung des Angeklagten und ergab, daß ein richtiger Anlaß zum Schießen eigentlich nicht vorgelegen hat. Vom größten Interesse war das Gutachten der Sachverständigen, der Kugel der

Wittenauer Heilstätten Dr. Heinrich und Dr. Schmidt. Die Sachverständigen kamen auf Grund von Experimenten mit dem Angeklagten zu dem Schluß, daß der Angeklagte einen epileptischen Typus darstelle, zu anfallsartigen Zuständen neige und auf Alkohol pathologisch reagiere, die Tat müsse unter dem pathologischen Einfluß von Alkohol begangen sein; es beständen deshalb begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit während der Tat. Unter solchen Umständen blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als den Angeklagten freizusprechen.

Wie aber, wenn Budach sich wieder einmal einen derartigen Rausch antrinkt?

Ein betrügerischer Bankier.

Wie man sich einen großen Kundenkreis schafft.

Der 54 Jahre alte Bankier Ludwig de Leopold, der in der Karlsruferstraße 4 in Süddeinde wohnt, ist verhaftet worden. Von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder war gegen ihn Haftbefehl erlassen worden, weil er betrügerischer Hypothekengeschäfte beschuldigt worden ist.

Bankier Ludwig de Leopold, der erst vor vier Jahren aus Amerika nach Deutschland kam, ist Mitinhaber und Gründer und erster Direktor der seit 1924 bestehenden Internationalen Kredit-L.G. in der Friedrichstraße 77. Das Unternehmen vermittelt durch Agenten An- und Verkauf von Hypotheken besonders in den Kreisen der Landwirtschaft. Einer der Agenten, ein gewisser Schulz aus Frankfurt/Oder hatte ohne Wissen der Gesellschaft die Kredit suchenden Landwirte durch Vorspiegelung falscher Tatsachen betrogen. Um einen recht großen Kundenkreis zu gewinnen, hatte er vorgeschützt, daß er größere Kredite zu einem Zinssatz von 6 Prozent auf die Dauer von 15—20 Jahren aufbringen könne. Er müsse aber, um einen Zinsschritt zu erlangen, ihre Hypotheken zunächst der Internationalen Kredit-L.G. übergeben, von der sie nach Ablauf eines Jahres zusätzlich 8 Prozent Zinsen zurückgeliefert werden könnten. Sowohl seinen Auftraggebern wie den Kredit suchern gegenüber spielte er also eine doppeltes Spiel. Als er seine Versprechungen einlösen sollte, kamen keine Nachschüsse aus Sicht.

Schulz, dessen Betrag ein Jahr zurückliegt, behauptet nun, daß er nur der Mittelsmann und der Bankier de Leopold der eigentliche „Drohzieher“ gewesen sei. Diese seine Beschuldigung wurde dem Landgericht in Frankfurt/Oder als so schwerwiegend angesehen, daß ein Haftbefehl erlassen wurde. Die weitere Untersuchung wird ergeben, inwiefern die von Schulz erhobenen Beschuldigungen zutreffen. Wie uns der Verteidiger des Herrn de Leopold mitteilt, rechnet er mit einer baldigen Aufhebung des Haftbefehls.

Start des Raketenflugzeuges.

Beim Landen stark beschädigt. Opel unverletzt.

Frankfurt a. M., 30. September. (Eigenbericht.)

Fritz v. Opel und der Ingenieur Sander betreiben seit längerer Zeit Versuche, die Rakete in den Dienst des Flugzeuges zu stellen. Fritz v. Opel und Sander haben schon im Vorjahre zusammen gearbeitet und entsprechende Versuche mit einem Segelflugzeug auf der Wasserkuppe unternommen, die verhältnismäßig gut gelungen sind. Inzwischen haben sich die beiden einigens für diesen Zweck konstruiertes Flugzeug hergestellt, das von Harry in Mannheim gebaut wurde. Dieses Flugzeug hat die Form eines Segelflugzeuges mit 120 Kilogramm Leergewicht und 275 Kilogramm Fluggewicht. Am heutigen Tage unternahm Fritz v. Opel auf dem Frankfurter Flughafen seine ersten Versuche. Es gelang ihm durch die Entzündung von 11 eingebauten Raketen einen Start zu gewinnen und die Flugbahn mehrfach zu umkreisen. Dabei war das Flugzeug vollkommen in Dampf eingehüllt. Nach dem geblähten dritten Start, wobei das Flugzeug etwa 50 Meter Höhe erreichte, wurde das Flugzeug beim Landen sehr stark beschädigt, der Führersitz wurde zertrümmert, so daß die Versuche einstweilen eingestellt werden mußten. Der Führer des Flugzeuges Fritz v. Opel kam ohne jede Verletzung davon.

Der Schuß auf die Geliebte.

Der Schiffeigner Budach unzurechnungsfähig.

Das Landgericht I sprach den Schiffeigner Budach, der am 11. Oktober u. J. in der Kneipe „Die Goldene Axt“ die Kellnerin Klara Nelson und den Schankwirt Bergtrath durch Schüsse tötete, auf Grund des § 51 frei.

Gegen den Schiffeigner Budach wurde bereits einmal im März d. J. verhandelt. Es liegen jedoch Bedenken auf, ob er seine Tat im normalen Zustande begangen habe; der Prozeß wurde deshalb vertagt und der Angeklagte in der Irrenanstalt Wittenau auf seinen Geisteszustand untersucht.

Budach ist in Volzeng (Wart) geboren. In der Schule kam er schlecht vorwärts, nach der Schulentlassung fuhr er mit dem Vater auf dem Kahn, im Kriege wurde er verwundet und war längere Zeit in einem Lazarett. Nach dem Kriege fuhr er zuerst auf einem Schiffsboot, dann auf einem Dampfer. Er ist verheiratet und Vater eines 10jährigen Mädchens, mit dem Schwiegereltern lebte er schlecht, da sie seine Frau die ganze Zeit hindurch als Magd betrachteten und sie nicht mit ihm fahren ließen. So entschädigte er sich für die Einsamkeit zu Wasser durch kleine Liebesabenteuer zu Lande, wenn er die Tour von Fürstberg nach Berlin abgeschlossen hatte. Im Juni vorigen Jahres lernte er auf der Straße die Kellnerin Nelson kennen, er nahm sie auf seinem Dampfer mit und erneuerte die Be-



Man glaube nicht, daß hier von besonderen Scheußlichkeiten berichtet wird, von sensationellen Zufällen, von Einmaligkeiten, die keine Bedeutung hätten für das Ganze. Hier sind nur Beispiele, dürftig hingetropft. Dem Umfang nach war alles viel schlimmer, viel grauenvoller, maßlos unmenschlich. Hier ist nur ein sehr kleiner Auschnitt. Wie es auf diesem Verbandplatz irgendeines Infanterieregimentes zugeht, so ging es ununterbrochen auf vielen Hunderten anderer deutscher Truppenverbandplätze zu, auf Tausenden unablässig an allen Fronten des Krieges — nicht mitgezählt die Scharen der Hauptverbandplätze von Sanitätskompagnien, der Feldlazarette, der Kriegslazarette, die nebeneinander aufgebaut, allein eine Weltstadt, eine Millionenstadt voll Verwundelter ergeben hätten.

Nachricht ist da, daß die Feldküchen nachts ein Uhr dort und dort halten, ein gutes Stück Weges entfernt vom Verbandplatz, an einer Stelle, die man für verhältnismäßig geschützt erachtet. Sie sind zu einer bestimmten Zeit vom Bagagehalterplatz aus in die vordere Linie abgelassen worden, die Suppe kocht unterwegs gar. Sie dürfen über eine bestimmte Linie nach vorne nicht hinausfahren.

Wer alle Hunger hat, wer Essen will, muß sich einfinden. Bestern waren sie nicht da, die Küchen, vielleicht können sie morgen wieder nicht kommen; es gilt also, den Fall zu nützen. Die Kompagnien von ganz vorn, der Verbandplatz, die Befehlsstellen schicken Abgeordnete mit Kübeln, mit großen und kleinen Gefäßen aus, um Futter zu fassen. Knapp wie alles ist die Verpflegung, es wird gefesselt um jede Ration. Es wird in der finsternen Nacht, die nicht die leiseste Beleuchtung, kein auffallendes Streichhölzchen wegen der Gefahr gegnerischer Beobachtung duldet, betrogen nach Not.

Wer eine Ration mehr irgend fordern kann, als er zu haben beauftragt ist, tut es. Die Verteilung findet in fliegender Hast statt, unter dem Beschimpf der Küche, die Küchen-

sollen nur für eine knappe Stunde halten, ihr Verweilen ist, damit sie nicht auffallen, bis zum Neuesten eingeschränkt. Wer sich nicht rechtzeitig einstellt, erwirkt nichts.

Vom Verbandplatz gehen sechs Leute mit vierundzwanzig Eßgeschirren ab, jeder hat vier zu tragen. Es ist anfangs ruhig, aber während sie unterwegs sind, setzt „mattes“ Feuer ein. Vielleicht hat der Gegner doch irgendein winziges Licht gesehen, Blut im Ofen der fahrenden Küche, oder er hat Geräusch der Wagen gehört — jedenfalls schließt er. Die Pferde werden unruhig, im völligen Finstern ist ein drängendes Durcheinander, gestochen von Eile wird die Suppe in die Feldkessel geschmissen, eine Küche rückt, während sie noch ausbildet, schon ab, unter dem Gesuch der hungrigen, die wenigstens ihre Brotration haben möchten.

Auf dem Rückweg wird es schlimmer mit den Schüssen, sie plagen schneller und dichter. Die Leute von Schloß Fontaine rennen immer ärger, sie taumeln und stürzen, sie schlagen mit ihren Köpfen hin und verschütten das mühsam Ergattete, das Brot rollt ihnen unterm Arme weg, die Zigaretten zerknicken, sie haben einen Verwundeten, um den sie sich kümmern müssen — und sie langen schließlich wieder im Keller an, nach überwindet, keuchend, bleich und zitternd, blutend von Stürzen auf die kantigen Trümmer der zusammengeschossenen Häuser — ohne Speise, ohne Gewinn außer dem Versuchten, ermattet in einen Winkel zu stolpern, hinzufallen und da zu liegen wie abgehegte Tiere.

Das drückt den Mann nieder, mehr als alles andere: nichts zu essen zu haben. Die Feldküche, und ist ihr Zeug noch so langweilig, ist das einzige Positive am Soldatendasein. Essen und Rauchen sind der letzte Trost. Wenn auch er nun genommen ist...

Da ist anderer Trost nötig. Er kommt in Gestalt eines Bataillonsführers, der den Keller besucht, weil gerade sein Bataillon eines Nachts besonders mitgenommen worden ist, und weil er weiß, daß viele seiner Leute da unten beschädigt liegen. Er ist ein wohlwollender Mann, ein großer breiter mit gutmütigem Schnauzbar, kein Aktiver, ein fast weißhaariger Hauptmann der Reserve. Er hat noch eine echte Spur von Kameradschaftsgefühl, dieser „höhere“ Offizier, sonst käm' er gewiß nicht zu den Erledigten, die wertlos geworden sind für den Führer zur Erreichung der Kriegsziele. Hat er am Ende auch etwas wie ein Gewissen und eine Ahnung, die ihm vorhält, das vierjährige Verbrechen könne nicht mehr lang weiter in Szene gesetzt werden?

Es ist etwas Außergewöhnliches, daß ein Bataillonskommandeur einen Verbandplatz betritt, nur um Untauglichen gut zuzureden, zu danken, eine tröstliche Rede zu halten. Um seine Ansprache schart sich, wer nur herbeikommen kann aus den dunklen Gründen des weitläufigen Kellers. Daß er sie alle tapfer nennt, die nun hier unten hilflos hocken und liegen, das ist nichts Besonderes, das ist billig, das Eisernen Kreuz und anderes hat man schon, und wer wirklich noch nicht haben sollte, was es so gibt, der bekommt es jetzt gewiß. Nein, was jeden die Ohren spitzen läßt, ist etwas anderes, ist der mit erhobener Stimme vorgetragene Hinweis auf baldigen Sieg.

Die Stimme, wandend vor freudiger Erregung, sagt: „Leute, die heilige Zusicherung kann ich euch geben: es ist in letzter Zeit herrlich vorwärts gegangen, und wir dürfen nicht zweifeln, daß es so weiter geht. Aber auch das kann ich euch versprechen: keiner von euch Verwundeten und Kranken braucht wieder an die Front zu gehen. Denn ehe ihr eure Zigarette verlassen habt, ehe ihr von neuem feindlichfähig seid, sind wir mit der ganzen Bande fertig. Die Eroberung von Calais ist nur eine Frage von wenigen Wochen. Damit ist die erfolgreiche Beschießung Londons gesichert und das Ende des Krieges gewiß. Das englische Krämervolk, wenn es ihm so an den Kragen geht, denkt nicht daran, etwa den Franzosen zuliebe weiterzumachen. Wir haben für diesen Verlust zuverlässige Nachrichten.“

In der Tat: das sog. Solch gehobene Stimmung hatte der Keller von Schloß Fontaine noch nicht erlebt. Der Hauptmann war als gerader, gutgesinnter Mensch bekannt. Er schwindelte nicht, was er sagte, daran durfte man sich halten.

Er hielt sich selbst an seine Worte, kein Zweifel. Als er sie aussprach, war die erste Ludendorffsche Offensive immerhin mit dem Gewinn einiger Dutzend Kilometer auf Paris zu, gerade zum Stehen gekommen. Er und seine Zuhörer standen ja selbst mitten darin, und was er von solchem Haltepunkt aus erzählte, betraf die zweite Offensive, die zwischen La Bassée und Ypern sich auf den Kanal zu bewegte — zubewegen sollte, denn sie blieb sehr bald stehen. Vielleicht andern Tages schon hätte Hauptmann Blume seine Rede nicht mehr zu jubeln gemagt. So aber hatte er gerade noch rechtzeitig hochgemut sein können. Er verließ übrigens Fontaine, ohne dem Regimentskommandeur eine Aufwartung zu machen, was sich bei den Leuten herumsprach und viel Genugtuung machte, denn sie liebten Blume und verachteten Dufang.

(Fortsetzung folgt.)

Wie lange noch Nazi-Terror?

Provokationen ohne Ende.

Die Reichsbannerortsgruppe Jühndorf Kreis Lellow hatte am Sonntag, dem 29. September eine republikanische Kundgebung veranstaltet. Dazu waren die Ortsgruppen der Umgebung eingeladen. Die Kameraden von Kreuzberg und Mariendorf marschierten mit größerem Abstand durch Konzenfeld. In der Nähe von Jühndorf kamen plötzlich aus der Richtung Jühndorf drei Lastautos mit Nationalsozialisten. Sie fuhren an unserer Marschkolonne vorbei. Sie schimpften, von den Autos wurden unsere Kameraden bespuckt, absichtlich wurde so dicht an uns vorbeigefahren, daß wir in den Chausseegraben gedrängt wurden. Unsere Kameraden verhielten sich ruhig; das war wohl der Kerger der Nazis, jetzt wurden wir mit Steinen und Flaschen bombardiert. Dazu wurde noch ein großes Stück Eisen in unsere Kolonne geschleudert. Die Wurfgeschosse sind sichergestellt. Es ist ein reiner Zufall, daß niemand ernstlich verletzt wurde. Als wir in Jühndorf ankamen, erklärten unsere Kameraden dort, daß die Hakenkreuzler die Gärten heruntergerissen und das schwarzrotgoldene Tuch, welches um das Rednerpult angebracht war, abgerissen und mitgenommen hatten. Des weiteren sind einzelne Einwohner, die man für Republikaner hielt, angepöbel worden. Unsere Kameraden verlangen, die republikanische Bevölkerung in besonderer, daß dieses Räuberwesen aufhören muß!

Nach der Regatta des Deutschen Wasserportverbandes kam es am Sonntagabend zwischen Hakenkreuzern und Reichsbannerleuten zu einer Schlägerei im Restaurant Wendenschloß. Dabei wurden zwei Zivilpersonen durch Messerhiebe verletzt. Die Täter waren, wie die Verletzten selbst angeben, Hakenkreuzler. Auf dem Bahnhof Cöpenick wurden später drei Reichsbannerkameraden verhaftet, die angeblich bei der Schlägerei beteiligt gewesen waren. Die Kameraden wurden bis heute morgen von der Polizei festgehalten, obwohl die Hakenkreuzer selbst nicht behaupten konnten, daß die Kameraden sie geschlagen hätten. Zwei Frauen, die sich als Zeuginnen für die Reichsbannerkameraden zur Verfügung stellten, wurden auf der Wache bis um 3 Uhr früh in Cöpenick festgehalten und dann mit der lakonischen Bemerkung, sie müßten versuchen, nach Berlin zu kommen, entlassen. Dieser Vorfall verlangt energische Untersuchung.

Bluttaten in Düsseldorf.

Berliner Kriminalisten zur Aufklärung entsandt.

Seit etwa einem Monat wird die Bevölkerung Düsseldorfs durch geheimnisvolle Blutaten in Angst und Schrecken versetzt. Am 25. August d. J. fand ein junger Mann, der morgens zur Kirche ging, in einem Gemütsfeld die Leichen zweier Kinder, die durch Messerhiebe getötet worden waren. Bald darauf zeigte sich der unbekannte Amokläufer zur Nachtzeit und überfiel zwei Frauen und einen Mann, die er durch Messerhiebe in Brust, Bauch und Hals ebenfalls lebensgefährlich verletzte. Am Montag gegen 7 1/2 Uhr morgens wurde auf den Rheinwiesen eine etwa 30 bis 35 Jahre alte Frau ermordet aufgefunden. Der Befund ergab, daß sie durch acht Schläge mit einem scharfkantigen Gegenstand getötet worden war. Zur Klärung der geheimnisvollen Mordtaten sind jetzt Berliner Kriminalbeamte entsandt worden. Daraus sind der Leiter der Mordinspektion, Kriminalpolizeirat Gennat, und Kriminalkommissar Günther Brochwich nach Düsseldorf abgefahren.

Trauerfeier für August Tacterow.

Einem unserer alten Kämpfer, August Tacterow, galt die Trauerfeier, die gestern abend im Krematorium Gerichtstraße abgehalten wurde. Die alte Schaar der Sozialisten, die auch schon unter dem Ausnahmegelehr zusammengekommen hat, war gestern vollständig erschienen zum letzten Abschied unseres toten Genossen. In einem dichten Hior von Blumen und Schärpen, von Kränzen der Organisationen, denen er lange Jahre ein erprobter Kämpfer war, stand der Sarg aufgebahrt. Ueber ihnen grüßte zum letzten Male das rote Banner der Partei. Nach einem harmonisierenden trat für die Freidenkerorganisation Genosse Penke an den Sarg. Im Auftrage der Partei sprach Genosse Kitzing. Die politische Arbeit, die August Tacterow geleistet hat in den Jahrzehnten, in denen er in der Partei stand, zeigt dann noch einmal Adolph Hoffmann auf, der im Auftrage der Freikommission spricht. Unter dem Riede „Ein Sohn des Volkes wollt er sein“ sank der Sarg in die Tiefe.

Heute früh Süddeutschlandfahrt des Zeppelin.

Heute früh, etwa um 8.00 Uhr, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner geplanten Süddeutschlandfahrt aufsteigen. „Graf Zeppelin“ wird voraussichtlich folgende Orte überfliegen: Mergentheim, Würzburg, Kaimbach, Bamberg, Regensburg, Vandschut, Freising, München, Augsburg, Würzburg, Friedrichshafen. Am Mittwoch wird, da bei der Japaner weitere Anmeldungen von Passagieren eingelaufen sind, eine weitere Fahrt nach der Schweiz unternommen werden.

Unsaubere Militärwäsche.

Ein Direktor des Heeresunterfunktsamtes verurteilt.

Vor der Potsdamer Reichsdisciplinarkammer, unter Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten, Landgerichtsrat Hartung, hatte sich der 55jährige Heeresunterfunktsamtsdirektor Friedrich Gebhard aus Döberitz zu verantworten.

Dem Angeklagten, der als Major im Kriege wegen Krankheit entlassen wurde und seit 1921 bei der Heeresverwaltung Dienst tut, wird unwürdiges Verhalten im Amt vorgeworfen, und zwar soll er einen Reichsbankcheck in Höhe von 50 000 M., den er von der Heeresunterfunktsamtskasse zur Anschaffung von Militärmäsche erhalten, für sich verwendet haben. Eines Tages erhielt G. den Auftrag, für 100 000 M. Militärmäsche zu beschaffen. Eine Firma in Berlin erhielt den Auftrag; sie bekam sofort eine sogenannte Generalquittung über 100 000 M. gelieferter Mäsche und

die Heereskasse übergab dem Angeklagten erst einen Postcheck über 50 000 M. und dann einen Reichsbankcheck in gleicher Höhe zur Bezahlung für den Wäschehersteller. Der Herr Direktor gab der Firma aber nur 50 000 M.

und verwendete den Reichsbankcheck, den er abgab, dazu, die 50 000 M., die er darauf erhalten, zu 10 bis 15 Proz. auf einer Bank anzulegen, und zwar auf Konto seiner Ehefrau und sein Konto. Monate gingen ins Land,

niemand fragte bei der Heereskasse, wo die 50 000 M. geblieben sind. Inzwischen hatte Frau Gebhard ein Grundstück für 20 000 M. erworben. Gerade an dem Tage, als der Grundstückskauf gescheitert war, waren auch von dem Guthaben des fiskalischen Geldes Tausende abgehoben. Der Angeklagte spekulierte auch mit Ostaviaaktien und bald hatte er einen Zinsgewinn von 2000 M. Inzwischen drängte der Wäschehersteller auf Restzahlung der 50 000 M. und der Herr Direktor zahlte die Militärmäsche auf Stottern ab. Für Autos und Maßkleiden bei Abschluss mit dem Wäschehersteller akquirierte er bei der Heereskasse 500 M. Durch drei Telefongespräche wäre der Abschluss erledigt worden. Da stief eines Tages von einer Dame bei der Staatsanwaltschaft und beim Heeresamt eine Anzeige ein, daß G. den Grundstückskauf mit fiskalischen Geldmitteln getätigt hätte. Rechtskräftig ist G. in dieser Sache von einer Berliner Strafkammer wegen Amtsunterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Disziplinarverhandlung verweigerte sich G. damit, daß ihm als Direktor vollständig freie Hand über die Verwendung des Reichsbankchecks gegeben worden sei. Der Kassawart des Heeres-

amtes habe bei der Ausstellung der Checks sich nicht mal davon überzeugt, ob überhaupt ein Stück Wäsche geliefert worden ist. Der Angeklagte droht mit großen Veröffentlichungen. Er beantragt Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Er spricht von fingierten Aufträgen. Der Vorsitzende lehnt weitere Erörterungen ab, zumal das Disziplinargericht sich an das Strafkammerurteil gebunden fühlt. Das Urteil lautet auf Dienstentlassung mit Befassung von drei Viertel der dem Verurteilten gesetzlich zustehenden Pension auf Lebenszeit.

Ein feiner Reichswehrsoldat.

Mit einem Rohling schlimmster Art, der merkwürdigerweise der Reichswehr als Gefreiter angehört, hatte sich das erweiterte Schöffengericht Fürstenwalde zu beschäftigen.

Im Monat Juli dieses Jahres fand in einem Lokal in Beeskow ein Tanzvergnügen statt, an dem sich der Gefreite Fritz J. von der 3. Eskadron des Reiter-Regiments 9 aus Beeskow beteiligte. In späterer Nacht entfernte sich der Soldat, blieb aber in der Nähe des Lokals und begann Frauen zu belästigen, indem er sie mit unflätigen Redensarten überschüttete. Als sich die Frauen das verbat, wurden sie von J. verfolgt, der sich nicht scheute, einer Frau in ein Hausgrundstück zu folgen. Trotdem er aufgefordert wurde, das Haus zu verlassen, lehnte er sich nicht daran. Er griff einen in der Nähe stehenden Schiffbauer J. an, den er mit der Faust wiederholt ins Gesicht schlug, so daß der Mann eine Gaumenverletzung davontrug. Dann holte sich der Gefreite ein Stück Holz, mit dem er wie ein Rasender auf den Arbeiter Sch. einschlug. Der Ueberfallene trug erhebliche Verletzungen davon. Nicht genug damit, mißhandelte er darauf eine Frau J., die er ebenfalls mit dem Stück Holz bearbeitete. Nach diesem Vorfall stüchelte der Bursche.

Die Anklage legte J. gefährliche Körperverletzung in zwei Fällen, einfache Körperverletzung in einem Fall und Hausfriedensbruch zur Last. Erst am 29. Mai d. J. ist der Gefreite wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. In diesem Fall erkannte das Gericht, das die Taten des Angeklagten als eine große Rohheit bezeichnete, auf insgesamt 6 Monate und eine Woche Gefängnis.

Bei dem empfindlichen Ohrgefühl, das die Reichswehr stets hat, wenn sie sich gekränkt oder beleidigt fühlt, ist es verwunderlich, daß sie Elemente wie diesen Gefreiten, der der Reichswehr wirklich nicht zur Zierde gereicht, in ihren Reihen duldet.

Zugzusammenstoß bei Mainz.

14 Personen verletzt.

Mainz, 30. September.

Der von Bingen kommende Fern-D-Zug 944 überfuhr heute nachmittag um 2.45 Uhr kurz vor der Einfahrt in den Mainzer Hauptbahnhof das Einfahrtsignal und fuhr dem auslaufenden Güterzug 8711 in die Flanke. Die Lokomotive des Schnellzuges entgleiste. Mehrere Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert. Drei Postbeamte, drei Speisewagenangestellte und acht Reisende wurden leicht verletzt.

Heute Stadtverordnetenversammlung.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung beginnt um 18 Uhr pünktlich. Wegen der Skare-Angelegenheit dürfte der Magistrat eine Erklärung abgeben, die wahrscheinlich auch auf die Beschuldigungen gegen städtische Beamte eingehen wird. Bis die Untersuchung abgeschlossen ist, wird man es voraussichtlich bei dieser Erklärung bewenden lassen.

Die Bilanz der „Gewag“.

Der Magistrat läßt jetzt in einer Vorlage die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Städtische Elektrizitätswerke M. G. für das Geschäftsjahr 1928 zur Kenntnisnahme zugehen. Der Bilanz ist der Bericht der Hauptprüfungsstelle beigelegt.

Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 253 820 874,73 M., die Gewinn- und Verlustrechnung vergleicht mit 131 176 156,66 M. ab. Die nach § 4 des Nachtrages zu entrichtende Abgabe von 10 Proz. der Rohabnahme aus Stromlieferungen ist mit 12 989 292,08 M. ordnungsgemäß abgeführt worden. Aus den Haushaltsjahre für die Sonderabgabe von 9 007 000 M. sind bisher 5 507 000 M. abgeliefert worden. Nach Anhörung des Gesellschaftsausschusses bei der Finanz- und Steuerdeputation hat der Magistrat der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung durch Beschluß vom 28. August d. J. zugestimmt.

Der Mörder seines Sohnes.

In Halberstadt zum Tode verurteilt.

Halberstadt, 30. September.

Das Schwurgericht verurteilte heute den Maurer Friedrich Reins wegen Ermordung seines Sohnes zum Tode und zu lebenslänglichem Ehrverlust und wegen Notzuchtversuchs und Körperverletzung zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Reins hatte im Sommer auf dem Broden seinen Sohn ermordet, angeblich, weil sein Sohn die gleichen verbrecherischen Reigungen zeigte wie er selbst. Auf dem Rückweg von der Mordstelle begegnete er zwei Berliner Damen und unternahm an ihnen einen Notzuchtversuch. Als die Frauen sich zur Wehr setzten, schlug er sie mit dem Revolver nieder.

Eine bescheidene Kundgebung.

Die Kommunisten demonstrierten gestern wieder einmal im Lustgarten. In den Betrieben sollten die Arbeiter eine Stunde früher Feierabend machen und zum Lustgarten marschieren. Diese Parole ist nicht oder mindestens nur von wenigen Kommunisten befolgt worden. Diezüge trafen erst nach 6 Uhr im Lustgarten ein. Selbst durch dauerndes Umherziehen konnten die Kommunisten nicht den Eindruck erwecken, als wären Massen im Lustgarten. Die Demonstration wies im Vergleich zu anderen Kundgebungen der Kommunisten eine schwache Beteiligung auf. Der Platz vor dem Museum und die Schloßfreiheit waren nur gering besetzt. Die Kommunisten waren wohl selbst wenig begeistert von ihrem Aufmarsch und zogen ohne Musik und mit eingekerkelten Fahnen bald wieder ab. Die Polizei beschlagnahmte einige Plakate aufreizenden Inhalts und nahm einige Demonstranten, die sich absolut nicht den Anordnungen fügen wollten, fest. Einen Versuch, zum Reichstag vorzudringen, unternahmen die Kommunisten nicht. Die Polizei hatte die Bannmeile auch genügend gesichert.

Beleuchte besser!

Licht im Haushalt ist die beste Arbeitshilfe.

OSRAM-Nählicht-Lampen

sind in allen Fachgeschäften erhältlich.

OSRAM



Die Sorgen der Volkspartei.

„Berlin auf dem besten Wege zum Sozialismus.“

Schon immer haben sich die Rechtsparteien vor Wahlen im Schwingen der Sammelbüchsen gegenseitig überboten. Auch jetzt, vor den Kommunalwahlen, übt man die alte Praxis mit Umsicht und Tüchtigkeit. Die Taschen der Herren Industriellen und Großagrarien öffnen sich beifolgend am ehesten, wenn man ihnen immer wieder das „Schreckgespenst des Sozialismus“ recht anschaulich vor Augen führt. Dazu bedient man sich in erster Linie der aus früheren Wahlen sorgsam bekannten Schnorbrieft.

Vor uns liegt ein am 19. September von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei versandter Brief. Darin heißt es einleitend, daß die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, was sich besonders in der Wohnungs- und Baupolitik und in dem immer stärker werdenden Kampf der öffentlichen Körperschaften gegen die Privatwirtschaft zeigt. Der Briefschreiber meint dann, daß die Ereignisse des letzten Jahres dem Bürger endlich die Augen darüber geöffnet haben müßten, daß „Berlin auf dem besten Wege zum Sozialismus ist“. Der Selbsthaltungstrieb fordere daher schärfsten Kampf gegen die dem Bürgertum drohenden Gefahren. Das Schreiben fährt dann fort:

„Unsere Partei, die wegen ihrer wirtschaftsfreundlichen Einstellung als einzige bürgerliche Partei in Groß-Berlin bei den letzten Reichstagswahlen einen starken Gewinn zu verzeichnen hatte, hat auch für die Stadtverordnetenwahlen die besten Aussichten. Voraussetzung ist allerdings, daß wir rechtzeitig die nötigen Mittel erhalten, die ein großer politischer Kampf erfordert. Leider sind wir bei der Beschaffung dieser nur auf freiwillige Beiträge angewiesen, während den Linksparteien durch ihre Zwangsorganisation regelmäßig ungeheure Summen zufließen. Wir erlauben uns daher, die ganz ergebene Bitte an Sie zu richten, den Kampf um die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch eine Spende zu unterstützen, und hoffen, auf Ihre baldige Hilfe rechnen zu können.“

Es muß doch wahrhaftig recht schlecht um die bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bestellt sein, wenn sie durch „ergebene“ Spenden aufrechterhalten werden soll. Von einer Zwangsorganisation, die der Brief den Linksparteien zuschreibt, mußten wir bisher allerdings nichts. Die Sozialdemokratie, deren Mitgliederzahl schon im nächsten Monat die erste Million erreichen dürfte, finanziert ihre Kämpfe lediglich durch die Beiträge ihrer eigenen, freiwillig der Partei angehörenden Genossen, diese Gelder werden allerdings in musterhafter Solidarität von jedem einzelnen pünktlich aufgebracht. Daß die Volkspartei über diese starke, selbstgezügte Organisation bei Betrachtung der eigenen Mitgliederlisten das Hammer bekannnt, können wir allerdings nachfühlen. Aber alles Klagen der Rechtsparteien und alle Spenden deutscher Industrieller werden nicht hindern können, daß die Sozialdemokratie am 17. November ein neues Zeugnis ihres unaufhaltbaren Vordringens ablegt.

Ein modernes Krankenkassenbureau.

Die Berliner Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe hat ihr bisher in der Münzstraße untergebrachtes Kassenbureau nach dem Hause Kuestrasse 30 verlegt. Die hier geschaffenen Büroräume werden mit ihrem dem heutzutage Stand der Bureautechnik angepaßten Einrichtungen den Beifall der Kassenmitglieder und der Bureauangestellten finden. Die Mechanikerkrankenkasse, die übrigens schon seit 1878 besteht und zu den ältesten Krankenkassen Berlins gehört, hat das Haus in der Kuestrasse als Eigentum erworben und die Räume für den Kassenbetrieb zweckentsprechend ausgebaut. Gewiß waren die Ausgaben nicht gering — Grundstückspreis samt Umbau- und Einrichtungskosten betragen über 600 000 Mark —, aber die dafür gewonnenen Verbesserungen sind sehr wertvoll. Trotz dieser Aufwendungen ist es möglich gewesen, eine Erhöhung der Beiträge zu vermeiden.

Am Sonnabend wurden die neuen Kassenräume besichtigt von Vertretern des Krankenkassenverbandes Berlin, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin und anderer Krankenkassen, des Versicherungsamtes der Stadt Berlin, auch des Deutschen Metallarbeiter-

verbandes und des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg. Vorsitzender Gutsche von der Reichsanstalt für Arbeit und Beschäftigung Wieseener geleiteten die Gäste durch die Räume, deren freundliche und behagliche Ausstattung von der Kassenhülle besorgt worden ist. Der Raum für die Abfertigung der Kassenmitglieder ist so groß, daß er auch starkem Andrang genügen kann. Doch er hell und luftig ist, wird den zur Kasse kommenden Kranken besonders lieb sein. Ein hier angebrachter Luftverbesserungsapparat liefert stets frische Luft. Die Abfertigung zu beschleunigen, ermöglicht eine bürotechnische Neuerung, ein laufendes Band zur raschesten Weiterbeförderung von Papieren und Aktenstücken.

Weihfestunde der Jugend.

Das weite Rund des Großen Schauspielhauses war überfüllt. Unten im Parterre saßen die Jungen und Mädchen. Ein bläuliches, ein bläuliches neugierig mit feierlichen Gesichtern. Von der Bühne herab grüßte das Blau des Himmels, das Grün der Bäume und das flammende Rot der Bänder. Plötzlich verdunkelte sich der Raum und die Klänge der Orgel brausten herab. Nach einem Vorspruch sang der Junge Chor Mozarts „Bald prangt den Morgen zu verkünden“, Russorgels „Sonnen-Hymne“. Die rechten Worte für die jungen Seelen, deren Geburtsstunde noch vom Lärm der Kanonen erfüllt war, sang Wilhelm Panda. Er entriß alles noch einmal dem Dunkel der Vergessenheit: die Jahre des Massenmordes, die Jahre des Elends, Hungerjahre. Sie haben keine glückliche Jugend hinter sich, diese Proletariatskinder und -mädchen, aufgewachsen in einer Zeit, in der der Döller alles galt. Aber wenn man in ihre Gesichter blickt, dann war einem nicht bange um diese Jugend. Die wird ihren Weg schon machen.

Nach einem Cello-Solo wieder Gesang des Jungen Chors. Und dann — aufrüttelndes Erlebnis — folgte Franz Rothensfelders Sprechdichtung „Beginne, Jugend! Steh! Schreite weiter!“ Klage, Mahnung, Kampfruf, kammendes Bekenntnis zum Sozialismus. Schlicht und einprägsam als Träger der Fahne: Heinrich Witte.

Der Junge Chor stand unter Leitung von Heinz Tieszen. Vorzügliche Einzelsprecherin war Elsa Wagner. An der Orgel sah Kurt Zepte, Geßlitz: Liebermann, Hoppe und Bencowski.

Nach in der Volksbühne gab es gestern wieder eine Jugendweihfest, veranstaltet von der Partei, den Gewerkschaften und dem Verband der Freidenker. Das reiche und ernste Programm war darauf gerichtet, ein dauerndes Gedenken an den frühen Tag zu geben, ein heiliges Versprechen der Jugend mit auf den Weg zu schenken. Genosse Dr. Kurt Loewenstein zeichnete in seiner Weihrede in lebhaften Farben das Bild, in dem die Arbeiterkinder aufwachsen. Es ist notwendig, daß auch die Jugend mit zur großen Gemeinde gehört, die die Befreiung der Bedrückten erkämpft. In die Hände der Jugend ist die Zukunft gelegt; diese große Aufgabe verpflichtet, daß sie sich rein und würdig dem Kampfe erhallt, denn nur an Leib und Seele gesunde Menschen können vorwärtstreibende Kämpfer sein. Die seit 25 Jahren bestehende Jugendbewegung hat den Boden gemeinsam mit der Partei vorbereitet, auf dem die neuzugewandten Jugendgenossen weiter bauen können. Die Jugend folgt dem Ruf der roten Fahnen! Der Sieg des Sozialismus ist uns sicher! — Die A-capella-Vereinigung des Berliner Volkshors unter Leitung von Dr. Ernst Zander und das Cello-Trio Armin Liebermann, Fritz Hoppe und Karl Bencowski umrahmten mit gesanglichen und musikalischen Darbietungen die Ansprache. Der Sprechchor für Präsenztische Leiterstunden mit den Einzelsprechern Heinrich Witte und Elsa Wagner brachten auch hier F. Rothensfelders Weihfest „Beginne Jugend! Steh! Schreite weiter!“ in glänzender Ausdrucksform zu Gehör.

Jugendhaus Steglitz.

Ein neues Jugendhaus für Steglitz ist auf dem Grundstück Pausenstr. 22 errichtet worden. Das alte Jugendhaus, das im Januar 1927 abbrannte, war nur eine bescheidene Holzbaracke in der Halleschen Straße. Das neue Jugendhaus in der Pausenstraße ist ein äußerlich schlichtes, aber innen sehr behaglich und dabei zweckmäßig eingerichtete Gebäude. Am Montag wurde es mit einer kleinen Feier eingeweiht, an der Mitglieder des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung, Vertreter anderer Bezirksämter, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, auch Vertreter von Jugendvereinen und Schulen teilnahmen. Bürgermeister Seindrich-Steglich, Stadträtin Kausler-Berlin und

Obermögistrator Knaut-Berlin wünschten dem neuen Jugendhaus Glück. Es enthält Einrichtungen zur Pflege der Kleinkinder, der Schulkinder und der Jugendlichen, einen Kindergarten, einen Kinderhort, eine Kinderlesehalle, ein Jugendheim mit Vortragsaal und anderen Räumen, einen Bastierraum für Handwerker und für Jugendliche. In dem Jugendhaus sind außerdem noch ein Abendheim für alte Leute und eine Bezirksamtsstelle für die Volksspeisung untergebracht. Das Haus mit allen Einrichtungen hat 177 000 Mark gekostet.

Tiermesse in Friedrichsfelde.

Das Messegelände des Zucht- und Regerziehhofs in Berlin-Friedrichsfelde ist in des Wortes vollinhaltlichster Bedeutung mit regstem Leben erfüllt. Wird doch hier die 4. Deutsche Tiermesse abgehalten, die starken Zuspruch findet. Es kommen die Züchter, um sich über die Zuchtergebnisse ihrer Kollegen zu unterrichten, es kommen Käufer, die sich eindenken wollen, und es erscheint Publikum, das froh ist, einmal soviel schönes Vieh auf einem Hofen zu sehen. Sind doch die Großstädter hungertig geworden, das ist eine Tatsache, die sich nicht hinwegzudulieren läßt. Man sieht prächtige Pferde, die ein weiches, wildes Strahlenspiel in Schwanz und Mähne gekochten bekamen, man kann Kolosse von Kühen betrachten und Kälbchen, die auf der Messe das Licht der Welt erblickten. Hüner der verschiedensten Rassen sind in todeslosen Exemplaren vertreten; der Interessesumme kann sich bei rechtzeitiger Anmeldung für das Frühjahr mit Bruteiern versehen, und der Liebhaber kann das letzte Vorkommen wahrnehmen und abends Hühner kröhen hören. Die Anfänger des Morgenrausens werden nämlich durch das elektrische Licht irre geführt. Nicht demütigen lassen sich hingegen die Säue, von denen eine schwarze Zucht und eine andere gleich gefärbte Kolossin sechs Ferkel mutterglücklich säugt, obwohl lärmende Biedmüße bis in ihre Ausstellungsstände dringt. Vorzügliche Exemplare sieht man unter den deutschen Edelschweinen, die das Justizial Reichshüttrigkeit und Frühreife erreicht haben. Kaninchen, Tauben, Enten, Puten und Gänse füllen außerdem die geräumigen Ställe, und draußen steht ein Prachtstier von einem angebotenen Ziegenbock, der in weitem Umkreise die sogenannte frische Luft mit Hochparfüm versorgt.

Einbruch im Optergeschäft. In der Nacht vom 30. September 1929 sind Eindrehler in das bekannte optische Spezialgeschäft „Lohmann-Bilder“, Potsdamer Str. 134a, gewaltfam eingedrungen und haben Prismengläser, Vorkneten und andere optische Artikel im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen. Für die Wiederbeschaffung der Waren sind 20 Prozent als Belohnung ausgesetzt. Zweifelhafte Angaben sind an Kriminalkommissar Dros, Polizeipräsident Berlin, Zimmer 62-64, Anruf: Berolina: 0023, Apparat 512 zu richten.

Die fünf Mitgliederversammlungen der Volksbühne, die die Delegiertenwahlen zur Hauptversammlung vorbereiten sollen, finden heute Dienstag statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Reichsbanner: Berlin S. 14, Seckelstr. 7/8, Tel. 1 22.
 Hildesberg, Dienstag, 1. Oktober, 17 Uhr, im Anwesenheit Wilhelm Bredt, Berlin, Vortrag: Einführung des Reichsbanners Wilhelm Bredt. Teilnahme aller arbeitenden Kameraden ist Pflicht. Rahmen mitbringen. — Ritz, 4. Kameradschaft, Mittwoch, 2. Oktober, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Brandis, Stettiner Str. 16, Vortrag: — Weissenlee, 4. Kameradschaft, Mittwoch, 2. Oktober, 19 Uhr, Vortrag, 20 Uhr offene und offene Mitglieder im Berliner Hof. Erscheinen wegen der Mitgliedschaft der Kameradschaft ist Pflicht.

Agonistische Dienstag, 1. Oktober, 18 Uhr, im großen Saal mit anschließender Besprechung. Sonnabend, 3. Oktober, 20 Uhr, Besprechung beim Bildungsausschuss, Kammerstr. 1, Teltowstr. 1. Am Donnerstagvormittag keine Arbeitsstunden.
Verband Arbeitervereine Ost-Berlin, Offizieller Versammlung am Donnerstag, dem 3. Oktober, 20 Uhr, im Restaurant „Zum alten Wänter“, Berlin SW. 11, Kurlandstr. 11 (gegenüber Post 1. Turm). Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit im Reichsausschuss, 2. Bericht von Herrn Reichsanwalt und Herr Dr. Gumbel, 3. Bericht über die Arbeit der Arbeitervereine im Reichsausschuss, 4. Anweisung neuer Mitglieder, 4. Kreiswahlleiter.
Arbeiter-Radio-Club Berlin, 4. U. Gruppe Reichshof, Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr, Ballabend im Gruppenlokal, Gehrenstr. 16.
Longfellow English Debating-Club, Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärztinnenhaus, Blüthnerstr. 104, Gutmannsaal: Mr. W.H. Putters: „Mistakes in English made by every German.“

Bericht der öffentlichen Verkehrsmittel Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.) Welt nebelig, zunächst noch ziemlich harmlos, gegen Abend Reliquie zu Regenwolken. Für Deutschland: Im Südosten noch meist heiter, im übrigen Reich von West nach Ost fortschreitende Abkühlung mit Regenwolken.



Amt Moritzplatz hat viel zu tun...

Denn in seinem Bereich liegt die Massary-Zigarettenfabrik. Und die Zigarettengeschäfte von Berlin und Umgebung telephonieren jetzt lebhafter denn je nach CAID-Zigaretten. Wir erwähnen das deshalb, weil es für den Raucher sehr wichtig ist, daß er überall und jeden Tag frische Ware bekommt. — Denn eine fabrikrische Zigarette schmeckt natürlich viel köstlicher als irgendeine unbekanntere Sorte, die oft länger im Regal liegt.

CAID

5 Pf.

MASSARY-ZIGARETTE!

Neu eröffnet: Tauschbüro für Massary-Fahnenbilder, Charlottenburg, Goethestraße 42 (neben Salamander)

Nie war CAID so reif und ausgeglichen.
 Jetzt muß sie jeder mal probieren!

Währung und Zinspolitik.

Die Ursachen der englischen Diskonterhöhung.

Die der letzten englischen Diskonterhöhung zugrundeliegenden Vorgänge lassen die Zusammenhänge zwischen Währungsverteidigung und Diskontpolitik der Notenbanken besonders klar erkennen. Unser Spezialbearbeiter widmet ihnen folgenden Artikel:

Die englische Reichsbank, die Bank von England, hat am vorigen Donnerstag ihren Zinssatz von 5 1/2 auf 6 1/2 Proz. erhöht. Es müßten schon schwerwiegende Gründe gewesen sein, die das englische Währungsinstitut zu der folgenschweren Besserung aller Zinslasten um ein volles Prozent bewegen haben in einem Augenblick, wo die ohnehin gedrückte englische Wirtschaftsjunktur große Schonung verlangte und das englische Kreditwesen durch den Zusammenbruch des Hatry-Konzerns geschwächt oder jedenfalls stark beunruhigt ist. Wo liegt der Grund, daß das englische Noteninstitut, das bisher wie keine andere Notenbank der Welt im Interesse seiner Wirtschaft um die Aufrechterhaltung eines niedrigen Zinssfußes geräuschlos gekämpft hat, nunmehr das Spiel verloren gab? Er liegt in der Tatsache, daß die

englische Währung seit Monaten international sehr schwach bewertet

wird und daß die Bank von England zur Stützung des Pfundkurses fortgesetzt große Goldmengen abgeben mußte, um die Parität mit den übrigen Währungen einigermaßen aufrechtzuerhalten. Wodurch war in den letzten Monaten der amerikanische Dollar, der französische Franken und die deutsche Reichsmark im Vergleich zum englischen Pfund so hoch bewertet, daß es für diese Länder vorteilhafter war, ihre Forderungen an England in festwertigem Gold begleichen zu lassen statt in Pfundnoten, deren Umwandlung in die heimatischen Dollars, Franken oder Mark wegen des niedrigeren Pfundkurses einen geringeren Beitrag erbracht hätte.

So verlor die Bank von England von ihrer goldenen Währungsreserve seit Mitte Juni für über 32 Millionen Pfund Sterling, das sind 640 Millionen Reichsmark, obwohl die amerikanischen Bundesbanken wie die Deutsche Reichsbank in Unterstützung der englischen Goldverteidigungspolitik die private Einfuhr des englischen Goldes nach Möglichkeit erschwert haben. Eine nachhaltige Besserung des Pfundkurses war nicht zu erwarten. Die Zusammenarbeit der Notenbanken, an der sich bemerkenswerterweise die Bank von Frankreich nicht beteiligte, war also nicht imstande, den fortgesetzten Goldabziehungen Einhalt zu tun. Die Währungsreserve schmolz immer weiter zusammen; in demselben Maße aber, wie die Goldunterlage der englischen Währung einschrumpfte, mußte sich auch die Menge der umlaufenden Zahlungsmittel in England vermindern; infolgedessen griff allmählich

ine immer stärker werdende Zahlungsmittelknappheit

um sich, die wiederum die Geldzinsläufe zum Steigen brachte.

Ein Blick in die englische Währungsverfassung macht diese Zusammenhänge verständlich: Für das englische Papiergeld ist im Gegensatz zu den deutschen Währungsvoorschriften eine prozentuale Goldmindestdeckung nicht vorgeschrieben. Ein fester Betrag von 260 Millionen Pfund Sterling ist nicht durch Metall gedeckt; der Restbetrag der Notenausgabe muß voll gedeckt sein. Die Gesamtnotenausgabe in England beträgt also immer 260 Millionen Pfund zuzüglich dem jeweils vorhandenen Goldbestand. Der in keiner Höhe genau an die Höhe des vorhandenen Goldschatzes gebundene Notenumlauf steigt und fällt also automatisch mit der Zu- oder Abnahme der englischen Währungsreserven. Infolge der erwähnten großen Goldverluste beträgt der englische Goldbestand heute nur noch 132 Millionen Pfund gegen etwa 164 Millionen am 13. Juni d. J., obwohl seinerzeit ein englisches Währungsausschüsse ein Referendum mit 150 Millionen Pfund als äußerste Grenze bezeichnet hatte, die unter keinen Umständen unterschritten werden durfte. Die großen Goldverluste der letzten Tage haben die Spanne zwischen dieser als unterste Grenze bezeichneten Mindestsumme und dem tatsächlichen Goldbestand unersetzlich erweitert. Eine radikale Abwehr weiterer Goldentziehungen war also unvermeidlich; sie ist erfolgt durch die Heraushebung des amtlichen Diskontfußes um 1 Proz. Warum nun Diskonterhöhung?

Die Höhe des Zinsfußes in einem Lande ist entscheidend für die Richtung und Bewegung des internationalen Kapitalstroms. Vornehmlich das kurzfristige, durch keine oder kurze Rückgabeterminale gebundene Geld fließt von Land zu Land unaufhaltsam und unaufhaltsam immer dahin, wo gerade die höchsten Zinssätze geboten werden, also wo der größte Zinsgewinn lockt. Es ist das sogenannte Zinsgefälle, also der Unterschied in den Zinssätzen der einzelnen Länder, das die beschäftigungslosen kurzfristigen Gelder zur „Arbeit“ an die Plätze mit höherem Gewinnanreiz dirigiert. Vor der englischen Diskonterhöhung wirkte sich das internationale Zinsgefälle zuungunsten von England aus. Dem englischen Diskontfuß von 5 1/2 Proz. stand ein offizieller Zinssatz von 6 Proz. in New York und beispielsweise von 7 1/2 Proz. in Deutschland gegenüber. Der Unterschied zwischen den privaten, also hauptsächlich für Börsenausschleichen gültigen Zinssätzen, war noch größer; New York zahlte für täglich kündbare Börsengelder heute noch 10 Proz. Infolgedessen

New-Yorker Börsenplatz wie ein Magnet

das Geld aus aller Welt an sich, so daß insbesondere England mit seinem niedrigeren Zinssatz die Abwanderung sehr erheblicher Geldbeträge nach New York zu beklagen hatte. Man schätzt die am New-Yorker Logesmarkt „arbeitenden“ englischen Gelder auf etwa 1 1/2 Milliarden Mark. Das sind also Gelder, die erst einmal in amerikanische Dollar umgewechselt werden mußten mit der Wirkung, daß die Nachfrage nach Dollars in Verbindung mit dem größeren Angebot englischer Währung den englischen Pfundkurs nach unten drückte. Die Schwäche des Pfundkurses wiederum hatte aus den eingangs erwähnten Gründen die englischen Goldverluste zur Folge.

Dadurch, daß nun jetzt durch die Londoner Diskonterhöhung auf 6 1/2 Proz. das Zinsgefälle gegenüber dem New-Yorker 6 Proz. betragenden Diskontfuß ins Gegenteil gekehrt wird, hofft man die umgekehrte Entwicklung im internationalen Geldausgleich herbeizuführen. Mit dem erwarteten Rückstrom des kurzfristigen Geldes, das wiederum eine Rückwandlung in englische Währung durchmachen und sich infolgedessen in einer gesteigerten Nachfrage nach Pfunden auswirken müßte, erwartet man eine Steigerung des Pfundkurses und eine Rückwanderung des entzogenen Goldes. Soweit die theoretischen Gedankengänge, die dem Londoner Diskonterhöhungsbeschluß zugrunde liegen.

Wie die Dinge sich in der Praxis entwickeln.

und wie sie sich insbesondere für Deutschland auswirken werden, ist vorläufig noch nicht zu übersehen. Ohne Zweifel wird die Erhöhung des englischen Zinssatzes einen verstärkten Anreiz auf das im übrigen Ausland tätige Geld ausüben; die Rückwanderung der englischen Guthaben in New York hat prompt eingesetzt und bereits den Erfolg gehabt, daß die Bewertung des englischen Pfundes gegenüber dem amerikanischen Dollar sich gebessert hat. Ob diese Bewegung anhalten und auch auf die übrigen Geldhandelsplätze der Welt übergreifen wird, hängt ganz von der Entwicklung der Geldmarkt- und Zinsverhältnisse in den übrigen Ländern ab. Schon haben Schweden, Norwegen, Dänemark und Oesterreich ihren Diskontfuß ebenfalls erhöht, um die Verschiebung ihres Zinsgefälles zugunsten von England wieder auszugleichen und damit den unerwünschten Abfluß von Geld und Gold nach London zu verhindern.

Der deutsche Diskontfuß von 7 1/2 Proz. bietet im Vergleich zu dem nunmehrigen englischen Zinssatz von 6 1/2 Prozent dem Auslandsgeld immer noch einen so beachtlichen Zinsgewinn, daß eine Diskonterhöhung etwa zur Wiederherstellung des alten Zinsgefälles von 2 Proz. keinesfalls schon nötig erscheint. Tatsächlich sind bis jetzt größere ausländische Geldbewegungen bei den deutschen Banken nicht erfolgt, und es ist auch nicht anzunehmen, daß sie erfolgen werden. Andererseits hat die englische Diskonterhöhung die deutsche Situation insofern doch beträchtlich erschwert, als nun eine Senkung des Reichsbankzinsfußes, mit der man für die nächste Zeit hatte rechnen dürfen, sobald nicht in Frage kommen wird, es sei denn, daß die gesamte internationale Zinspyramide durch die Entwicklung an dem ausschlaggebenden Geldplatz New York auf eine tiefere Basis gestellt würde. F. D.

Scherbengericht in Frankfurt.

Der Aufsichtsrat des vertrachten Versicherungskonzerns „rechtfertigt“ sich.

Es ist natürlich, daß die Generalversammlung der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. in der rund 1100 persönlich erschiene Aktionäre den Verlust ihres Aktienkapitals zu beklagen hatten, das Versagen des Aufsichtsrates zum Mittelpunkt haben mußte. Da der Aufsichtsrat keine gute Sache gegenüber den Aktionären zu verteidigen hatte, sorgte er für eine um so bessere Regie, der ein ganzer Generalstab von Rechtsanwältinnen die nötige juristische Hilfe zu leisten hatte. Die Versammlung dauerte den ganzen Tag. Als Berichterstatter hatte der Aufsichtsrat das fündigbühnende Aufsichtsratsmitglied Dr. Hermann Fischer, den Präsidenten des Hanfverbandes, vorgeschickt. Die Grundlage des Berichtes bildete der von der Südwestdeutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft aufgestellte Vermögensbericht vom 17. August, nach dem bei der Allgemeinen Frankfurter Versicherungs-A.G. allein von den 30 Millionen Mark Aktienkapital und offenen Reserven rund 24 Millionen Mark verloren sind. Die Verteidigung des Aufsichtsrates konnte nach der ganzen Sachlage nicht anders als kläglich sein, und die Versammlung der Leidtragenden quittierte denn auch mit ironischer Heiterkeit die Feststellung in dem Bericht, daß gerade bei einer Versicherungsgesellschaft die Ueberwachungsstätigkeit erschwert und beschränkt sei. Sicher hat die Versammlung der Aktionäre sich dabei in Erinnerung gerufen, daß die Tantiemequittungen der Aufsichtsräte deshalb keineswegs mit irgendwelchen Bedenken von den Aufsichtsräten unterzeichnet werden. Als einziges Attribut für seine Tätigkeit nimmt der Aufsichtsrat in Anspruch, daß seine Mitglieder der Gesellschaft dem Konzern doch wenigstens dauernd nützbringende Verbindungen zugeführt hätten. Recht interessant ist die Feststellung aus dem Bericht, daß der Aufsichtsrat in der Tat noch bis zum 15. August vollständig ahnungslos geblieben war und daß erst persönliche Erklärungen des für die Verluste hauptverantwortlichen Direktors Becker zur Aufklärung der kritischen Lage geführt haben. Deutlicher kann die Hilflosigkeit und das absolute Versagen des Aufsichtsrates nicht charakterisiert werden.

In der sehr lebendigen Debatte zeigte sich, daß die Regie der Opposition derjenigen des Aufsichtsrates absolut unterlegen war. Die Verwaltung hat der Opposition insofern den Wind aus den Segeln genommen, als sie selbst den Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission stellte, nach deren Feststellungen die Regierpflicht des Aufsichtsrates sich entscheiden wird, eine Frage, die immer das Zentrum der Aktionärskritik bei Kapitalverlusten bildet. Der Vertreter der Opposition, Dr. Hornburger, kennzeichnet den Bericht des Aufsichtsrates als ein Selbstporträt, das auch durch die schärfste Kritik aus Aktionärkreisen nicht hätte überboten werden können. Die Ansicht des Juristentages sei widerlegt, daß gerade die Häufung von Aufsichtsratsmandaten in der Hand von Fachleuten die beste Form der Gesellschaftskontrolle darstelle. Rechtsanwalt Schwendener aus Zürich forderte vom Aufsichtsrat, daß dieser die Verluste der Aktionäre auf Heller und Pfennig zurückzuführen habe, ein starkes Wort, dem natürlich kein Aufsichtsrat etwas schuldig war. Auch die Diskussion über die Genehmigung der Allianz-Verträge war überflüssig, da die Genehmigung einer späteren außerordentlichen Generalversammlung vorbehalten wird. Nur die Frage, wer in der Revisionskommission sitzen soll, wirbelte noch einigen Staub auf; man hatte Mißtrauen in die Zusammenlegung der Kommission, aber auch hier ging die vom Aufsichtsrat in den Verhandlungen mit der Kommission aufgestellte Liste der Kommissionmitglieder durch. Die Revisionskommission soll in etwa 6 bis 8 Wochen einen Zwischenbericht herausgeben.

Arbeitsmarkt kaum verändert.

Die Lage in Brandenburg.

Im Bereiche des Landesamtes Brandenburg hat sich in der Woche zum 21. September wenig geändert. Die Verringerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 545 Personen sowie der Rückgang der Zahl der Arbeitsuchenden um 603 Personen spielte sich diesmal ausschließlich in der Provinz ab. Bei den Ziegeleien macht sich verschiedentlich ein langames Abdröckeln der Beschäftigung bemerkbar. In der Metallindustrie ließ der Beschäftigungsgrad allgemein nach. Die chemische Industrie setzte die Kurzarbeit fort, im Spinnstoffgewerbe hielt die Uneinigkeit der Beschäftigungsverhältnisse an. Das Baugewerbe war in Berlin noch gut beschäftigt, in der Provinz ließen die Arbeitsmöglichkeiten nach.

In der Berichtswache fiel die Zahl der Arbeitsuchenden um 603 auf 215 449, d. h. um 0,28 Proz., gegenüber einer Zunahme von 1449 gleich 0,67 Proz. in der Vorwoche. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 106 204, in der Kreisunterstützung 21 597, zusammen 127 801 Personen.

Stoewer-Autos größerer Umsatz.

Fabrikation auf zwei Typen umgestellt.

Das Betriebsjahr 1928 war für die Stoewer-Automobilwerke A.G. in Sittich ein Jahr der Umstellung. Die bisherige Fabrikation der Vier- und Sechszylinderarten wurde eingestellt und auf die beiden neuen Achtzylinderarten konzentriert. Obwohl die Rekonstruktionen und die Betriebsumstellung naturgemäß Verzögerungen in Produktionsgang mit sich brachten, liegt der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 25 Proz.

Aus dem Reingewinn von rund 322 000 M. wird seit drei Jahren wieder die erste Dividende von 6 Proz. gezahlt. Da für das Kapital von 1,5 Mill. Mark hierfür nur rund 90 000 M. erforderlich sind, werden 230 000 M., die einer 15 prozentigen Dividende entsprechen, auf neue Gewinnrechnung vorgetragen. Bemerkenswert ist, daß im laufenden Jahre trotz des harten Winters und der verspäteten Aufhoison schon zum 1. Juni der Umsatz um 20 Proz. über den entsprechenden Vorjahrsmonat lag. Die Produktion für das gesamte Betriebsjahr 1929 ist bereits fest abgeschlossen.

Die Verwaltung vertritt im Geschäftsbericht gegenüber der Auslandskonturrenz den Standpunkt, daß die deutschen Automobilwerke diesen Kampf nur mit dem Qualitätswagen, niemals aber mit einem billigen Volkswagen bestehen könnten. Das Anwachsen der Vorräte an fertigen Wagen wird auf die durchlaufende Winterarbeit zurückgeführt. Die Lager an veralteten Modellen sind gänzlich geräumt.

Die Lebenshaltungskosten im September. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats September auf 153,6 gegenüber 154,0 im Vormonat.

Auftakt zur Genfer Kohlenkonferenz

Die Vorbereitungen der Bergarbeiterinternationale in Paris

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale hat in seiner in Paris abgehaltenen Sitzung sich ausführlich mit den Fragen beschäftigt, die den Beratungsgegenstand der gestern in Genf begonnenen internationalen Sachverständigenkonferenz der Kohlenkommission des Völkerbundes bilden. Die sieben abgeschlossene Völkerbundstagung hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die auf eine

Beschleunigung der Genfer Kohlenarbeiten

abzielen. Infolgedessen wird den Empfehlungen der bevorstehenden Konferenz eine unmittelbare praktische Bedeutung beigemessen. Sowohl der Völkerbundsrat als auch der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der letztere für die internationale Arbeitsvermittlung der Bergarbeiter, sind von der Vollversammlung des Völkerbundes ersucht worden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen zur offiziellen Verwirklichung zu verhelfen.

Die Bergarbeiterinternationale hat die Entschiedenheit, die in den Genfer Kohlenresolutionen zum Ausdruck kommt, bekräftigt und sich dabei auf den Standpunkt gestellt, den die im Frühjahr von dem Wirtschaftskomitee des Völkerbundes vernommenen Bergarbeiterfachverständigen eingenommen haben. Mit Nachdruck wurde von allen in Paris versammelten Ländervertretern die

gleichberechtigte Mitbeteiligung der Bergarbeiter

an der Aussicht genommenen europäischen Kohlenmarktregelung gefordert. Auch über die übrigen damals in Genf vorgetragenen Punkte: Schaffung eines internationalen Kohlenamtes, Ber-

einheitlichung der Arbeitsbedingungen und Aufhebung der Kohlenhandelsbeschränkungen, besteht volle Einmütigkeit der großen Bergarbeiterverbände Europas.

Sehr sorgfältig wurde auch der vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes als Ergebnis der ersten Sachverständigenberatungen zu Anfang dieses Jahres verfaßte vorläufige Bericht zum Kohlenproblem besprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß man bei der zu treffenden Regelung dem

Völkerbund nicht bloß eine beobachtende Rolle

zuzuwenden könne. Die Bergarbeitervertreter gehen, ohne die in den Details liegenden Schwierigkeiten zu verkennen, mit einem klar umrissenen Programm nach Genf, dessen Grundzüge in der erwähnten Kohlenentscheidung des Wirtschaftskomitees niedergelegt sind, und hinter dem die gesamte Bergarbeiterschaft geschlossen steht. Der ausgezeichnete Eindruck, den die früheren Darlegungen der Bergarbeiter in Genf hinterlassen haben, wird sicherlich auch in den diesmaligen gemeinsamen Verhandlungen mit den Bergbauunternehmern dazu beitragen, die Plattform zu finden, von der aus eine Vereinigung des komplizierten internationalen Kohlenproblems unersetzlich vorgenommen werden kann. Die Unternehmervertreter — von Deutschland kommen neben Steinerberg der Generaldirektor des Ruhrkohlenhandels Jans und Direktor Fränzel für den ober-schlesischen Bergbau — müssen sich darüber klar sein, daß sie die volle Verantwortung vor der ganzen Welt tragen würden, wenn sie sich den so weit geförderten Verständigungsmaßnahmen nicht durch eine positive Haltung anschließen würden. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale hat in seinen Pariser Beratungen den Weg für ein erfolgreiches Gelingen der Genfer Kohlenkonferenz gut vorbereitet.

Abgeschaffte Geheimverträge?

Völkerbundkontrolle fehlt. — Konferenz der Völkerbundsigen.

Jülich, 30. September. (Eigenbericht.)

Sagungsgemäß hielten nach dem Ende der Völkerbundsversammlung der Rat und die ständigen Kommissionen des Weltverbandes der Völkerbundsgeheimverträge hier ihre Herbsttagung ab. Die Minderheitenkommission erklärte, daß die Madrider Verbesserungen des Klageverfahrens „die Lücken des Ganges nur teilweise auszufüllen vermögen.“ In der politischen Kommission feiert der Pöke Stroncki das Verdienst des Weltverbandes, als erste internationale Organisation die Anwendung des Artikels 19 über die Vertragsrevision geprüft und damit äußerst wirkungsvoll den Völkerbundsberatungen vorgearbeitet zu haben, folgere aber daraus, daß der Weltverband

nun nichts mehr damit zu tun haben brauche.

Die große Mehrheit aber blieb bei dem Beschluß, die Frage wieder bei dem nächsten Kongreß zu behandeln. Ueber die Eintragung internationaler Verträge, die zur Abschaffung der Geheimdiplomatie als Artikel 18 in die Völkerbundsverfassung eingefügt wurde, entspann sich eine große Debatte. Allgemein wurde festgestellt, daß alle Arten Verträge, auch Militärbündnisse, eintragungspflichtig seien. Aber wer soll die Rechtsgültigkeit

prüfen? Das Völkerbundssekretariat lehnt das ab. Prof. Scelle (Frankreich) trat für die Schaffung einer Prüfungsstelle ein, der Nationaldemokrat Stroncki (Polen) wies auf die Möglichkeit des Ausschusses von Staaten hin, die solche Unrechtsverträge schließen, Prof. Overbeek (Holland) bezeichnete den Internationalen Gerichtshof als die zuständige Stelle. Schwarz (Deutschland) verwies auf den groben Mißstand, daß die Verträge oft nicht sofort, sondern

häufig erst Jahre später eingetragen

würden, so daß die Kontrolle zu einer Farce würde. Die Wirtschaftskommission beschloß, künftig jedem Kongreß der Gesellschaften unmittelbar eine Weltwirtschaftstagung vorhergehen zu lassen.

Der Rat des Weltverbandes wählte, als Nachfolger für den Grafen Bernstorff, zum Präsidenten für das nächste Jahr den holländischen Juristen Limbourg. Ueber den Plan einer Berlegung des Sitzes des Weltverbandes von Brüssel nach Genf, die unseres Erachtens ihn in allzu starke Abhängigkeit vom Völkerbund der Regierungen bringen würde, wird der nächste Jahreskongreß entscheiden.

Hugenbergs Infamie.

Stressemanns Partei setzt sich zur Wehr.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat am Montag einen Aufruf gegen die Infamie und das „triviale Spiel“ der Hugenberg-Söldlinge beschlossen, in dem es u. a. heißt:

„Das deutsche Volk ist einig in der Ablehnung der Kriegsschuldfrage. Jede deutsche Regierung, auch der Reichspräsident von Hindenburg und der Reichsaußenminister Dr. Stressemann haben die Behauptung, Deutschland sei schuld am Weltkriege, mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Kampf gegen die Schuldfrage wird vom ganzen Volk und den zuständigen Reichsstellen mit allen tauglichen Mitteln fortgesetzt. Das Hugenberg-Volkstbegehren nennt somit, wenn es zum Kampf gegen die Schuldfrage auffordert, offene Türen ein. Soweit es aber den Anschein hervorruft, als ob durch ein deutsches Gesetz internationale Verträge außer Wirksamkeit gesetzt werden könnten, spiegelt es dem deutschen Volk eine Möglichkeit vor, die, wie die Urheber des Begehrens selbst wissen, leider nicht besteht.“

Der Young-Plan ist bisher in allen Teilen und in seiner vollen Auswirkung noch nicht zu übersehen. Wichtige Verhandlungen sind noch in der Schwebe. Inzwischen werden durch den Young-Plan dem deutschen Volk keine neuen Verpflichtungen aufgebürdet, sondern weitgehende Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes gebracht. Es handelt sich um die Fortsetzung der Politik, die mit dem Dawes-Plan eingeleitet hat mit dem Ziel, Erleichterungen in den Verpflichtungen herbeizuführen, für die als Folge des verlorenen Krieges bereits in Versailles und beim Londoner Ultimatum trotz des Widerstandes der Deutschen Volkspartei deutsche Unterschriften nun einmal abgegeben worden sind. Sehen die Verantwortlichen des Volksbegehrens denn weiter nicht, daß die Bedeutung des Young-Planes sich nicht im Materieellen erschöpft, daß vielmehr in erster Linie um die endliche Befreiung Deutschlands von fremder Befragung und um die Abschaffung des jedem deutschen Gefühl unerträglich fremden Kontrollsystems gerungen wird? Die Männer, die unter Einleitung ihrer ganzen Kraft und unter Aufopferung ihrer Gesundheit diesen Befreiungskampf führen, mit dem Vorwurf des Landesverrats zu bedrohen, ist eine Infamie... für die auch der schärfste politische Kampf keine Entschuldigung bietet.“

Die Urheber des Volksbegehrens treiben ein triviales Spiel mit den heiligsten nationalen Empfindungen und der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Der Reichsausschuß erwartet von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, daß sie das Ihrige tun, um das Volk über den wahren Sinn des Volksbegehrens in seiner nunmehrigen Gestalt aufzuklären, damit es das Spiel durchschaut und ihm ein Ende bereitet.“

Zehn Jahre Reichsfinanzverwaltung.

Der Reichsfinanzminister zum zehnjährigen Bestehen der Reichsfinanzverwaltung.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Reichsfinanzverwaltung hat der Reichsminister der Finanzen Dr. Hilferding an die Präsidenten der Landesfinanzämter zur Kenntnisgabe an alle Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung ein Rundschreiben gerichtet, in dem ein Überblick über die bereits geleistete Arbeit bzw. über die Aufgaben, die noch zu erfüllen sind, gegeben wird. Der unglückliche

Ausgang des Krieges habe dem deutschen Volke riesige Lasten auferlegt, aus welchem Grunde die Zuständigkeit des Reiches auf finanziellen Gebiet im Jahre 1919 erheblich erweitert werden mußte. Bis zum 1. Oktober 1919 habe es zwar das Reichsschatzamt gegeben, aber dessen Zuständigkeit sei eng begrenzt gewesen. In dem Rundschreiben werden alsdann die verschiedenen Steuergesetze aufgezählt, die im Laufe der Zeit erlassen worden sind. Es sei unabweisbar, so heißt es dann weiter, daß die völlige Umgestaltung der Reichsfinanzverwaltung damals in jeder Beziehung ein gewagtes Unternehmen gewesen sei. Heute könne man feststellen, daß, im großen gesehen, der Wurf glücklich sei. Hilferding würdigt dann vor allem die Leistungen aller Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung, die besonders in der Inflationszeit unter ständig schwieriger werdenden Verhältnissen hätten arbeiten müssen. Es dränge ihn, den Präsidenten der Landesfinanzämter und allen Angehörigen der verschiedenen Bezirke seinen wärmsten Dank auszusprechen.

Demokratischer Reichsparteitag.

Vom 4. - 6. Oktober in Mannheim.

Vom 4. bis 6. Oktober findet in Mannheim der 8. ordentliche Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei statt. Für den politischen Bericht sind als Redner der Parteivorstande Koch-Weser und Reichsernährungsminister Dietrich vorgesehen. Für Freitagabend ist eine Befreiungstundgebung für die Rheinlande geplant. Bei dieser Gelegenheit werden Bürgermeister Dr. Peterlen-Hamburg, Frau Dr. Bäumer und Reichstagsabgeordneter Lemmer sprechen. Am Sonnabend steht das demokratische Wirtschaftsprogramm zur Beratung. Referent ist Dr. Gustav Stalper-Berlin. Der Parteitag findet seinen Abschluß am Sonntag mit den Abstimmungen, Wahlen und den Berichten über Organisation und Finanzen.

Sozialistischer Kulturtag.

In dem Bericht über den zweiten Verhandlungstag des Frankfurter Kulturtages ist ein debauerliches Versehen unterzutaufen insofern, als die Ausführungen des Intendanten des Staatstheaters, Prof. Sehner-Berlin, ohne Uebergang dem Bericht über die Rede des Prof. Kurt-Breslau angefügt worden sind. Sehner erstattete einen viel beachteten Bericht über „Rundfunk und Theater“. Er sieht im Rundfunk ein starkes Kulturmittel von außerordentlicher propagandistischer Wirkung. Hier sei erst die wirkliche Möglichkeit der Sozialisierung der Volksbildung gegeben, und dazu bedürfe es ebenso wie beim Theater der Organisation. Beim Funk heiße es: für die Republik sind die Republikaner Mut und keine Angst haben. Die weiteren Ausführungen in dem Bericht, soweit sie das Theater betreffen, sind selbstverständlich als Darlegungen Sehners zu lesen.

„Volksstaat“ stellt sein Erscheinen ein. Der in Dresden erscheinende „Volksstaat“ hat mit dem 30. September sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt war als Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei gegründet worden. Es führte vom ersten Tage an einen verzweifelten Kampf um seine Existenz. Wahrscheinlich hat er überhaupt nur längere Zeit existieren können, weil wohlhabende Mitglieder der A.S.P. große Mittel zur Verfügung stellten. Schon vor einigen Monaten hörte das Blatt auf offizielles Parteiorgan der A.S.P. zu sein.

Verhehlte Bauern.

Urteil im Freiburger Landfriedensbruchprozess.

Freiburg (Schwaben), 30. September.

Das Schöffengericht fällt heute das Urteil in dem wegen der Tumulte vor dem Freiburger Finanzamt gegen 19 erzgebirgische Landwirte, Gewerbetreibende und Arbeiter eingeleiteten Verfahren wegen Landfriedensbruchs.

Von den Angeklagten wurden sechs freigesprochen, die übrigen 13 erhielten je sechs Monate Gefängnis. Allen Verurteilten wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt, die bei einzelnen Angeklagten jedoch nur gewährt wird, wenn eine Geldbuße gezahlt wird. Diese beträgt bei zwei Angeklagten je 500 M., bei einem 300 Mark.

Die Strafanträge im Rendsburger Bauernprozess

Rendsburg, 30. September.

Wegen Vergehens gegen das Republikfluchtgesetz hatten sich heute vor dem Großen Schöffengericht der Landmann Hinrichs Guth (St. Annen-Deisterfeld), Dr. jur. Johannes Peters (Tetenbüll) und Landmann Klaus Ballichs (Lundenertog) zu verantworten. Staatsanwaltstaatsrat Heimichs beantragte gegen Guth an Stelle einer Gefängnisstrafe von drei Wochen eine Geldstrafe von 300 M., gegen Dr. Peters 500 M. Geldstrafe eventuell 25 Tage Gefängnisstrafe von drei Wochen eine Geldstrafe von 300 M., Geldstrafe eventuell 1 Monat Gefängnis sowie Veröffentlichung des Urteils an der Gemeindefest in Lundenertog sowie in der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung.

Ein Heber kommt vor Gericht.

Altona, 30. September.

Gegen den Schriftsteller Dr. Stadler hat die Beschlußkammer des Landgerichts Altona das Hauptverfahren wegen Vergehens gegen § 8 Ziffer 1 des Republikfluchtgesetzes eröffnet. Dr. Stadler hat am 4. März d. J. in einer Versammlung zu Dshoe beleidigende Äußerungen über die republikanische Staatsform getan.

Arbeitslosenkampf in England.

Die Kritik der Clydes-Gruppe an der Parteiführung.

Brighton, 30. September. (Eigenbericht.)

Nach der Eröffnungsrede Morrisons wurde vom Arbeiterparteilang an Macdonald ein Telegramm geschickt, in dem ihm Erfolg zu seiner amerikanischen Mission gewünscht wird. Auf der Grundlage einer von der Unabhängigen Arbeiterpartei (I.W.P.) eingebrachten Resolution begann dann die eigentliche Aussprache. Die Entschliebung verlangt Ausnahme der Unabhängigen Forderung nach Familienzulage, das heißt nach einer sozialen Abstufung der Löhne, in das offizielle Programm der Arbeiterpartei. Die Entschliebung ist nach den Worten des Vorsitzenden der I.W.P. Maxton von seinen engeren Freunden eingebracht worden, um die Stimmung des Kongresses gegenüber der Kritik der Unabhängigen an der Regierung zu heben. Die Diskussion, die sich in den Nachmittagsstunden gestaltete, schloß sich einer ernstesten Kraftprobe der sogenannten Clydes-Gruppen, der einzigen ernsthaften Opposition, mit der die Regierung auf dem Kongreß zu rechnen haben wird. Immerhin drang die Unabhängige Arbeiterpartei mit ihrer Resolution nicht durch. Die Entschliebung war jedoch kaum zurückgestellt, als bei der Aussprache über den Bericht der Exekutive die Opposition der Clydes-Gruppe sich wiederum selbstständig bemerkbar machte. Diesmal war es die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die den Sprechern der linken Gelegenheit gab, die Arbeiterregierung zu beschuldigen, in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung keinerlei Änderung der reaktionären konservativen Praxis vorgenommen zu haben. Die Reden der unabhängigen Abgeordneten richteten sich im wesentlichen, wenn auch in verstedter Form, gegen die Person des Arbeitsministers, Frau Margaret Bondfield, die nicht antworten konnte, da sie infolge eines schweren Automobilunfalles an der Konferenz nicht teilnehmen kann. Obwohl es auch in den nächsten Tagen noch zu Auseinandersetzungen zwischen der Parteileitung, die heute praktisch mit der Arbeiterregierung identisch ist, und dem linken Flügel der Unabhängigen Partei kommen dürfte, so hat doch schon diese erste Sitzung deutlich erkennen lassen, daß die Mehrheit der Konferenz die Kritik von links als eine Erleichterung der Arbeiten der Regierung bedauert und entschlossen ist, alles zu vermeiden, was die Regierung in ihrer Aktionsfreiheit behindert.

Ein beispielloses Vorgang. Täglich geben sich Hunderte von Caib-Rauchern ein Stelldchein vor der Raffary-Fahnenbilder-Zentrale am Schloßplatz 1, um dort doppelte Raffary-Fahnenbilder oder Reedereiflaggen umzutauschen. Tatsächlich hat bisher noch nie eine Sympathiewerbung durch Bilder so starken Anklang beim Publikum gefunden. Das erklärt sich aus dem besonderen Sammelwert der Raffary-Fahnenbilder. Ohne Zweifel spricht aber auch die Güte der Raffary-Zigaretten mit. Gerade die Raffary-5-Pfeil-Zigarette Caib hat sich zu einer Reife und Ausgeglichenheit vervollkommen, die in dieser Preislage beispiellos ist. Und nicht weniger als fünf der berühmten Fahnen- bzw. Flaggenbilder liegen in jeder 25-Stück-Packung.

Wie Sie Ihre Suppen besser und nahrhafter zubereiten können

Das Etikett mit der Kuh im blauen Dreieck bürgt für beste Qualität



Bei Verwendung von Libby's Milch zur Verbesserung von Kartoffel-, Tomaten-, Sellerie-, Reis-, Hühnersuppe, allen Arten Milchsuppe sowie zum Andicken von Saucen erreicht man Gehalt und zarten Geschmack.

Libby's Milch stammt von ostfriesischen Kühen aus dem rühmlichst bekannten Weidegebiet Nordwestdeutschlands.

Sorgen Sie dafür, daß immer Vorrat an Libby's Milch im Hause ist.

Alle Rahmsaucen für Fleisch, Fisch oder Gemüse werden milder und feiner schmecken, wenn mit Libby's Milch hergestellt.

Libby's Milch ist preiswürdig, ergiebig und gleichmäßig in Qualität und Reinheit.

Libby's

Evaporierter Milch

Deutsche Libby Gesellschaft m-b.H., Hamburg 1



40 Jahre „Textil-Arbeiter“.

Wie ein Gewerkschaftsblatt aufstieg.

Am 4. Oktober sind es 40 Jahre her, seitdem „Der Textil-Arbeiter“, die Zeitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, aus der Taufe gehoben worden ist. Die Textilarbeiter gedenken dieses Tages durch die Herausgabe einer vorzüglichen Jubiläumsummer. Theodor Leipart, der Vorsitzende des DDB, würdigt in einem Beitrage die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftspressen; die Gauleiter erzählen von ihren Erlebnissen aus dem Kampf um den „Textil-Arbeiter“, und Ehrenverbandsvorsitzender Karl Hübsch, Verbandsvorsitzender Karl Schrader, Albin Reichelt und Redakteur Hugo Dressel wissen Wichtiges und Interessantes aus seiner Geschichte mitzuteilen.

Im Grunde genommen ist der „Textil-Arbeiter“ schon älter als 40 Jahre. Er hat in der „Deutschen Manufaktur-Arbeiter-Zeitung“ bereits einen Vorgänger gehabt. Im Frühjahr 1887 wurde aber der Deutsche Manufaktur-Arbeiterverein, der seinen Sitz in Gera hatte, auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. Damit blieb man auch der „Deutschen Manufaktur-Arbeiter-Zeitung“ das Lebenslicht aus. Die hohe Behörde hat aber nicht mit den sächsischen Beamten und Wirtern geredet. Sie waren nicht müde; sie schafften Ersatz für den aufgelösten Manufaktur-Arbeiterverein und gründeten neue Organisationen. In Chemnitz und Umgegend entstand u. a. der Wirterverein. Selbstverständlich vergaß man nicht, daß eine schlagkräftige Organisation eine schlagkräftige Zeitung haben muß, und so gründete man mit dem Wirterverein sofort den „Textil-Arbeiter“. Der Wirterverein gab auch lange Zeit hindurch dem neuen Organ das wirtschaftliche Rückgrat. Der „Textil-Arbeiter“ ist somit der unmittelbare Nachfolger der „Deutschen Manufaktur-Arbeiter-Zeitung“, die vom 1. Juni 1884 bis zur Auflösung des Manufaktur-Arbeitervereins im Frühjahr 1887 die Interessen der deutschen Textilarbeiterschaft vertreten hat.

Was für uns heute kaum denkbar ist: Der „Textil-Arbeiter“ erschien zunächst im Privatbesitz und wurde von dem Drucker R. Walther in Burgstädt in Sachsen herausgegeben. Er zeichnete als Redakteur, war zu gleicher Zeit aber auch Expedient. Daneben versah er noch eine Reihe anderer Ämter und war obendrein noch in der Agitation tätig. Dafür bekam er einen Wochenlohn von sage und schreibe 16 Mark. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung war eben schwer, und das soll man gerade den alten Kämpfern, die heute davon zeugen, niemals vergessen. Reichelt schloß keine mannigfaltige Tätigkeit im Jahre 1896 vorläufig damit ab, daß er 8 Monate wegen Majestätsbeleidigung ins Gefängnis ging. Dort war er bereits bekannt. So ging er 1891 für 2 Monate in „Staatspension“, weil der „Textil-Arbeiter“ in einem Eingeklagten aus Augsburg einen

Direktor der dortigen Buntweberei kritisiert hatte. Es war nicht ganz ungefährlich, Redakteur des „Textil-Arbeiter“ zu sein.

Ostern 1891 beschloß auch der erste Verbandstag des neu gegründeten Textilarbeiterverbandes, den „Textil-Arbeiter“ käuflich zu erwerben und als Verbandsorgan in eigene Regie zu nehmen. Das war nicht ganz so einfach. Der bisherige Drucker sollte mit 500 Mark abgefunden werden. Diese Summe war schlecht zu beschaffen. Nur 250 Mark waren da, und so mußte derselbe Textilarbeiterverband, der heute Millionenkonten bei der Arbeiterbank unterhält, 250 „pumpen“, um seine Verpflichtungen zu erledigen.

Bei seiner Gründung hatte der „Textil-Arbeiter“ eine Auflage von wenigen Hundert Exemplaren. Heute werden 280 000 gedruckt, ohne rund 25 000 Exemplare „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“, die an weibliche Mitglieder geliefert werden.

Von den Berührungen des Weltkrieges blieb der „Textil-Arbeiter“ selbstverständlich auch nicht verschont. Ende 1918 war seine Auflage auf 59 000 herabgesunken. Noch schlimmer als die Kriegsjahre wirkten die Inflationsjahre 1919/23. In den letzten 20 Wochen des Jahres 1923 konnte infolge der durch die Entwertung des Geldes herbeigeführten Teuerung nur noch 3 Nummern der Zeitung herausgegeben werden, und zwar zweifach! Die letzte Nummer war überhaupt nur an ein Viertel der Bezahler zu liefern! So schwer war die Zeit. Dann lehte im Jahre 1924 der unauffällige Aufstieg ein.

Wir können nur unterstreichen, wenn Karl Schrader über den jetzigen Stand des „Textil-Arbeiter“ folgendes feststellt: „Der Kenner der Verhältnisse muß zugeben, daß alle Kollegen, die im Laufe der Jahre in der Redaktion verantwortlich mitarbeiteten, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben, um die Zeitung auf das Niveau herauszuarbeiten, auf dem sie sich jetzt befindet. Anerkennung aber soll auch finden die Mitarbeit der Kollegen im ganzen Reich, die so manchen trefflichen Beitrag geliefert haben. In Hunderten von Artikeln sind die kompliziertesten Fragen unserer Textilindustrie erörtert worden. Den feinen Verstärkungen des Kapitals und seinem teilweisen internationalen Zusammenwirken in Konzernen und Trusts wurde nachgegangen und so der Arbeiterchaft gezeigt, daß für eine Betätigung des Kapitals nationale Grenzen überhaupt nicht existieren. Es ist ein besonderes Verdienst des „Textil-Arbeiter“, hier Aufklärung und Wissen an Hunderttausende vermittelt zu haben, und alle Anstrengungen anderer Kreise, die nach der entgegengesetzten Seite tendieren, sind zur Erfolgslosigkeit verurteilt. Der „Textil-Arbeiter“ ist geworden, was er sein sollte und sein muß: Ein Führer und Wegweiser im Kampfe um die Erringung einer besseren Existenz, der Anteilnahme der Textilarbeiterschaft an einer höheren Kultur im allgemeinen.“

Geschlossene Abwehr der Bankangestellten.

Die Betriebsräte der fusionierten Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft sind am heutigen Tage zu einer Sitzung zusammengetreten und haben einstimmig nach Vortrag der Organisationsvertreter Marx, Allgemeiner Verband, Scheffner, Deutschnationaler Verband, Goller, Deutscher Bankbeamten-Verein und Emonts, Allgemeiner Verband, folgenden Beschluß gefaßt:

Die Vereinigten Betriebsräte der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft erheben die in den beiden Betrieben vertretenen Angestelltenverbände unverzüglich einen Aktionsausschuß zu bilden, dem die Aufgabe zufallen soll, die gefährdeten Interessen der Kollegen beider Institute in Berlin und im Reich zu vertreten. Die Situation fordert gebieterisch ein gemeinsames Handeln aller Kollegen. Die Betriebsräte der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft geben der Erwartung Ausdruck, daß die Vorstände der Bankangestelltenorganisationen dieser Notwendigkeit Rechnung tragen.

Bankenaufbau — Angestelltenabbau.

Die vor geraumer Zeit beschlossene Fusion zwischen der Cammeritz- und Privatbank und der Mitteldeutschen Kreditbank hat sich jetzt dahin ausgewirkt, daß in Berlin allein 100 Beamten der beiden genannten Institute gekündigt worden ist. Sie werden Ende dieses Jahres ihren Dienst verlassen. Auch im Filialsystem rechnet man mit Kündigungen im gleichen Umfang. Immer wieder Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Erfolgreicher Streik der Süßwarenarbeiter.

Unternehmer erkennen Schiedspruch an. Die Arbeiterschaft der Schokoladen- und Süßwarenindustrie steht seit vier Monaten in der Lohnbewegung. Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Erfurter Schlichter hatte schließlich einen Schiedspruch gefaßt, der ab derjenigen Lohnwoche, in der der 17. September fällt, eine Lohnzulage von 4 Proz. zubilligt. Die Reichskonferenz der Süßwarenbranche des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hatte diesen Schiedspruch angenommen, und der Arbeitgeberbund hatte am 17. September, am letzten Tage der Erklärungsfrist, diesen Schiedspruch abgelehnt.

Die dadurch unter der Arbeiterschaft entstandene Erregung löste nach Stellung von Forderungen in den meisten Berliner Betrieben schließlich einen Streik bei der Firma Mertens u. Jänike aus. Neue Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und Gewerkschaftsvertretern brachten das Ergebnis, daß für den Bezirk Berlin der Schiedspruch von den Unternehmern anerkannt wurde.

Die Funktionärerversammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter nahm am Montag nach dem Bericht des Genossen Hefschold die Vereinbarungen an. Die Betriebsversammlung von Mertens u. Jänike nahm das Ergebnis gleichfalls an und sah den Beschluß, die Arbeit heute, Dienstag, früh wieder aufzunehmen. Damit ist die Lohnbewegung in den Berliner Schokoladen- und Süßwarenbetrieben erfolgreich beendet. Die tariflichen Lohnabreden sind im Verbandsbureau des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Neue Schönhauser Str. 4/5, Zimmer 6, erhältlich.

Stichwahl bei den Buchdruckern.

Absolute Verbandsdisziplin ist notwendig. In der Woche vom 23. bis 28. September erfolgte im Gau Berlin des Verbandes der Deutschen Buchdrucker die Urwahl von drei Beisitzern für den Verbandsvorstand. Da von 9 Kandidaten 4 der sogenannten Opposition angehörten, trat eine beträchtliche Stimmenzerplitterung ein. Es wurden insgesamt 12 580 Stimmen abgegeben, wovon 360 ungültig waren, so daß 12 220 gültige Stim-

men verbleiben. Die einzelnen Kandidaten erhielten folgende Stimmengahl: Kretschmer 4627, Krüger 4259, Begold 5441, Pöper 2771, Schulze, 3060, Rörber 1945, Engelmeier 5584, Döring 4862, Balth 4009.

Somit hat kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten. Es findet Stichwahl statt zwischen Kretschmer, Krüger Begold, Engelmeier und Döring. Um eine nochmalige Stichwahl zu vermeiden, ist es Pflicht aller Berliner Buchdrucker, nur den drei zur Stichwahl stehenden Kandidaten der Anstößerer Gewerkschaftsrichtung ihre Stimme zu geben. Berliner Buchdrucker! Wahrt im Interesse Eures Verbandes Disziplin und wählt: Bruno Kretschmer, Karl Krüger und Artur Pehold.

Wie Kommunisten siegen.

Zwei Beispiele aus der Praxis. Die „Erfolge“, die die KPD. mit ihren wilden Streiks erzielt, häufen sich derart, daß man sie kaum noch zu registrieren vermag. Soeben erst ist wieder ein solcher Bombenerfolg bei E. Lorenz u. S. in Tempelhof erzielt worden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Abteilung Slangerei hatten der Firma eine Forderung auf Erhöhung ihrer Löhne und Urlaube unterbreitet. In den Verhandlungen mit dem „roten“ Betriebsrat erklärte sich die Firma zu gewissen Zugeständnissen bereit, die aber von der Belegschaft dieser Abteilung abgelehnt und mit der Arbeitsniederlegung beantwortet wurden.

Was geschah nun? Nach mehr als einwöchiger Dauer des wilden Streiks sah sich die „revolutionäre“ Streikleitung gezwungen, bei der Firma um die Wiederaufnahme der Arbeit nachzusuchen. Die Firma versprach, alle Streitenden wieder einzustellen, jedoch zu den Bedingungen, die sie bereits vor dem Streik dem Betriebsrat unterbreitet hatte. Die Streitenden nahmen die Arbeit wieder auf, ohne mehr erreicht zu haben, als ihnen schon vor dem Streik zugestanden war. Nach der Ansicht der Bolschewisten ist das natürlich ein „großer Erfolg“, ein Beweis, wie beschiden man doch sein kann, wenn man Versprechungen einlösen soll.

Ein anderer „Erfolg“ der neuen kommunistischen Gewerkschaftstaktik ist bei der Metallwarenfabrik von Hornemann, Neuenburger Straße, zum Greifen nahe. Hier traten vor drei Wochen vier Packer und sechs Packerinnen in den Streik, wovon einer organisiert war, weil die Firma eine von ihnen aufgestellte Lohnforderung ablehnte. Die Firma wollte mit dem zuständigen Organisationsvertreter über die Beilassung des Lohnkonflikts noch am gleichen Tage verhandeln, wenn die Packer und Packerinnen die Arbeit wieder aufnehmen würden. Sie erklärte, wegen der Störung im Versand infolge des Packerstreiks auch den Produktionsbetrieb stilllegen zu müssen, wenn ihr Angebot zurückgewiesen würde. Die Streitenden lehnten natürlich das Angebot der Firma ab und bewegten darüber hinaus die in der Produktion tätige Belegschaft, sich dem Streik anzuschließen. Als schließlich die Firma dazu überging, betriebsfremde Arbeitskräfte einzustellen, versuchte der Metallarbeiterverband, ohne dessen Zustimmung die ganze von den Kommunisten ausgelegene „Aktion“ eingeleitet worden war, den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen. Auch in dieser Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, nach Wiederaufnahme der Arbeit über eine Erhöhung der Stundentlöhne zu verhandeln und die Aufbesserung in Anlehnung an die im letzten Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie vorgesehene Lohn-erhöhung von vier bis sechs Pfennig vorzunehmen. Die Arbeit sollte entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen des Betriebes wieder aufgenommen und den Streikenden hinsichtlich ihres Urlaubsanspruches der Streik nicht als Unterbrechung ihres Arbeitsverhältnisses angerechnet werden. Schließlich wurde noch vereinbart, daß bei Streiktätigkeiten aus dieser Abmachung die Verbandsvertreter zur Entscheidung herangezogen werden sollten.

In der Streikversammlung am Sonntag bot die „revolutionäre“ Streikleitung alles auf, um die Belegschaft zur Ablehnung dieses Angebots zu bewegen, trotzdem diese Vortheile mußten, daß

das Gros der Belegschaft an der Fortführung des Kampfes kein Interesse mehr hatte. Durch demagogische Anträge hintertrieb sie die geheime Abstimmung über das Angebot der Firma und ließ darüber per Affirmation abstimmen. Trotzdem feststeht, daß die Belegschaft fast 90 Köpfe zählt, behauptete die Streikleitung, daß es nur 68 Mann seien, die auch vollständig in der Versammlung anwesend wären. Von denen stimmten 39 für Weiterstreiken und 18 für Arbeitsaufnahme. Der Rest enthielt sich der Stimme. Obwohl selbst der kommunistische Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes betonte, daß eine solche „Taktik“ zur vollständigen Niederlage führen müsse, glaubte die „revolutionäre“ Streikleitung noch an ihren Sieg. Vielleicht hat sie nicht ganz unrecht, denn für die Kommunisten ist der „Sieg“ nur wertvoll, wenn er die Beilegung der Arbeiter im Befolge hat.

Tarifvertrag für Puzer.

Der vom Deutschen Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe der Puzer, angenommene Tarifvertrag ist auch von den Arbeitgeberorganisationen angenommen worden. Er tritt nunmehr am 1. Oktober in Kraft. Die Baudelegierten können einen Preisauszug aus dem Tarif ab 1. Oktober, 16 Uhr, und den Tarifvertrag selbst ab 8. Oktober für ihre Belegschaft in unserem Bureau, Großbeerstraße, 96, III, Zimmer 16, in Empfang nehmen. Bei Abholung der Tarifverträge sind die betreffenden Mitgliedsbücher zur Abstempelung vorzulegen. Ohne Mitgliedsbuch kann kein Vertrag verabsolgt werden. Die Fachgruppenleitung.

Für den internationalen Kohlenfrieden.

Die Kohlenkonferenz in Genf zusammengesetzt. Genf, 30. September.

Am Montag sind die Kohlenachverständigen zu einer Konferenz unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Trendelenburg als Präsidenten des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, zusammengesetzt. Im ganzen sind 22 Sachverständige aus der Kohlenindustrie, den Kohlenarbeiterverbänden und Vertretern von staatlichen Kohlenämtern und Verbrauchervereinigungen dazu eingeladen. Deutsche Vertreter sind Dr. Paul Silberberg und die Arbeitervertreter Dr. Berger, Sachverständiger des deutschen Bergarbeiterverbandes, und Franz Rothhäuser, Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes.

Geperkte Gastwirtschaften. Wegen Differenzen werden hierdurch folgende Gastwirtschaften für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten gesperrt: Mitte: Bahnhofrestaurant, Inh. Heideberg, An der Spandauer Brücke 2. Norden: Restaurant „Der Deutschen Ecke“, Inh. Jonaß, Invalidenstr. 124; Restaurant „Königstor“, Inh. Anna Müde, Prenzlauer Berg Ecke Neue Königstraße; Restaurant „Seemann“, Inh. A. Ruffing, Seefraße 44. Moabit: Nordwest-Hotel, Restaurant und Kaffeehaus, Turmstraße 7/8. Steglitz: Polaris des Ostens, Inh. Westphal, Warschauer Straße 35. Siroasberg: Hotel „Wolfsast“, Inh. Freudenberger u. Reiser; Restaurant „Reimbahn“, Inh. Grucjanz; „Schlagmühle“, Inh. Lehmann; „Rottkäppchen“, Inh. Bohn; „Die Spitzmühle“, Inh. Kerfbaum.

Genau! Fraktionsversammlungen der SPD-Genossen und Kampf-Genossen Mittwoch, 19. Uhr, im Lokal Brüderstr. 16. Genosse Emil Barth spricht über das Arbeitslosienproblem. Die SPD-Genossen und Kampf-Genossen Donnerstag, 18. Uhr, im Lokal Eulienstr. 18. Genosse Emil Barth spricht über: Unser Aufbau. Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die künftigen Arbeiter. Referent: Genosse Stadtrat Bräunsch. Erhalten ist unbedingt Pflicht. Der Fraktionsvorsitzende. SPD-Genossen des Reiches Freitag, 19. Uhr, im Lokal Brüderstr. 16. Referent: Genosse Bräunsch. Erhalten ist unbedingt Pflicht. Der Fraktionsvorsitzende. Referent: Genosse Bräunsch. Erhalten ist unbedingt Pflicht. Der Fraktionsvorsitzende. Einber. Fraktionsabteilung. Fraktionsversammlung der SPD-Genossen und Kampf-Genossen Donnerstag, 18. Uhr, im Lokal Eulienstr. 18. Genosse Emil Barth spricht über: Unser Aufbau. Genosse Bräunsch. Erhalten ist unbedingt Pflicht. Der Fraktionsvorsitzende. Fraktionsversammlung aller SPD-Genossen Freitag, 19. Uhr, im Lokal von Anauer, am Bahnhofsplatz. Genosse Emil Barth spricht über: Unser Aufbau.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Dienstag, 19. Uhr, treten folgende Gruppen: Dumbel-Jugend Berlin, Genosse Ede Vorkühn, Heimbesprechung. Nur mit Verbandsbuch und Heimbesprechung. Spandauer Stadt, Jugendheim Vinkenstr. 1, Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle. Marienwerder, Jugendheim Köpcke 7 (Wille Schulz), Heimbesprechung. Nur mit Verbandsbuch und Heimbesprechung. Völkerecke, Jugendheim Völkerecke 22, Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle. Ren-Blüthenberg, Jugendheim Völkerecke 4, Heimbesprechung. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt. — Pankow, Gruppe Heim Völkerecke 4, Heimbesprechung. Ohne Verbandsbuch und Verbandsbuch kein Zutritt. — Kreuzberg, Jugendheim Pleure Str. 19, Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle. — Tempelhof, Schule Wilmersbrunn, 99-104 (Hortanlage), Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Kurt Geiger; Bildhaft: G. Klingelhoffer; Gewerkschaftsberatung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schmitt; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: K. Meier; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortwärtig-Verlag; und Verlagsanstalt Faust, Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2; hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Sie möchten gerne Bohnenkaffee trinken — aber Sie dürfen es eigentlich nicht?!

Machen Sie's doch wie der alte Sanitätsrat S. in Nürnberg —

der $\frac{1}{3}$ Bohnenkaffee mit $\frac{2}{3}$ Kathreiner mischt!

Das schmeckt ihm noch besser als — reiner Bohnenkaffee!